

Bezugpreis:
Festschrift 4.50 RM, monatlich 1.50 RM
Festdruck 10 Bogen, 100 Exemplare
Festdruck 10 Bogen, 100 Exemplare

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verleger: Kurt Morawitz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 13. Februar 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verleger: Kurt Morawitz, Nr. 151 90-151 97.

Wilson an Czernin und Hertling.

Zu Friedensbesprechungen sofort bereit.

Die neueste Rede des Präsidenten der nordamerikanischen Republik führt uns auf den Ausgangspunkt aller Kriegsbetrachtung zurück, auf die große Streitfrage: Friedenszwang oder Friedensverständigung? Wir haben es ja eben erlebt, daß das militärisch völlig zusammengebrochene Rußland sich zwar zur Beendigung des Kriegszustandes, nicht aber zum Abschluß eines Friedensvertrages zwingen läßt, den es für annerkennend erklärt.

Was kann die neue Wilson-Vorschau zu dieser Verständigung beitragen? Sie ist zweifellos in der Form höchst friedlich und gemäßigt gehalten, läßt aber noch die Möglichkeit offen, daß der Krieg mit aller Kraft fortzusetzen sei. Wie so viele Reden der Staatsmänner ist sie Friedensinstrument und Kriegsmittel zugleich.

Hinter der Einheit der militärischen Front steht also nicht die gleiche Einheit der politischen Front. Sie besteht nur so weit, als es sich um die Verteidigung handelt, darüber hinaus scheiden sich die Weister. In der Rede des Grafen Hertling vom 24. Januar ist auch in der deutschen Presse Kritik geübt worden und auch ihr ist der Unterschied zwischen der Tonart Hertlings und jener Czernins aufgefallen.

Vielleicht würden solche Vorverhandlungen dazu führen, den schärfsten Gegensatz zwischen Hertling und Wilson zu beseitigen, der darin besteht, daß Hertling mit den einzelnen Gegnern über die Fragen, die sie betreffen, einzeln verhandeln will, während Wilson eine Gesamtvereinbarung aller Verhältnisse durch eine allgemeine Friedenskonferenz anstrebt.

Die vier Prinzipien, die Wilson für den Friedensschluß aufstellt, können in ihrer allgemeinen Fassung auch allgemeine Zustimmung finden. Bei dem Versuch, sie durchzuführen, werden sich aber sofort die Gegensätze der einander bekämpfenden Imperialismen bemerkbar machen.

Wilson sagt: „Ein allgemeiner Friede auf derartiger Basis kann sofort besprochen werden. Aber bis dahin können wir nichts anderes tun, als weiterkämpfen.“ Es handelt sich also zunächst um die Feststellung, ob die deutsche Regierung bereit ist, einen allgemeinen Frieden auf derartiger Grundlage zu besprechen.

Oder vielmehr auch bei den Allpolen, deren auffällige Begünstigung durch Wilson nicht außer acht gelassen werden kann! Aber die Schwierigkeiten eines Friedensschlusses werden nie überwunden werden, solange man nicht auf beiden Seiten einseht, daß man einander nicht überwältigen kann und sich daher miteinander verständigen muß.

Zu Friedensbesprechungen sind auch wir sofort bereit!

Wilson's Rede an den Kongress.

Washington, 11. Februar. (Reuter.) Wilson hielt heute folgende Rede an den Kongress:

Am 8. Januar hatte ich die Ehre, zu Ihnen über die Kriegsziele zu sprechen, wie unser Volk sie ausspricht. Der englische Premierminister hat am 5. Januar in ähnlichen Ausdrücken gesprochen. Auf diese Reden antwortete der deutsche Reichspräsident am 24. Januar und Graf Czernin für Österreich-Ungarn am gleichen Tage.

Die Antwort des Grafen Czernin, die der Hauptinhalt nach an meine Adresse auf meine Rede vom 8. Januar gerichtet ist, ist in einem sehr freundlichen Tone gehalten. Er erklärt in meiner Erklärung eine hinreichend ermutigende Annäherung an die Auffassungen seiner eigenen Regierung, um seinen Glauben an rechtfertigende, daß sie eine Grundlage für eine eingehendere Besprechung der Ziele durch die beiden Regierungen liefere.

Ich muß es sagen, sehr unbestimmt und sehr verwirrend. Sie ist voll zweideutiger Sätze und es ist nicht klar, wozu sie führt. Aber sie ist sicherlich in einem von der Antwort des Grafen Czernin sehr abweichenden Tone gehalten und augenscheinlich mit entgegengegesetztem Zweck.

Ich muß es sagen, sehr unbestimmt und sehr verwirrend. Sie ist voll zweideutiger Sätze und es ist nicht klar, wozu sie führt. Aber sie ist sicherlich in einem von der Antwort des Grafen Czernin sehr abweichenden Tone gehalten und augenscheinlich mit entgegengegesetztem Zweck.

deutschen Kolonien aber, verlangt er, müssen ohne Verzögerung zurückgestellt werden. Er will mit niemandem als den Vertretern Rußlands über das, was mit den Völkern und Ländern der baltischen Länder geschehen soll, besprechen; mit niemandem als der französischen Regierung die „Verbindungen“, zu welchen das französische Gebiet geräumt werden soll, erörtern; lediglich mit Österreich will er besprechen, was mit Polen geschehen soll.

Nachdem ein Abkommen nach allen Seiten in dieser Weise durch Einzelverhandlungen und Zugeständnisse erzielt ist, hätte er, wenn ich keine Erklärung richtig erziele, keine Verwendung gegen eine Liga der Nationen, die es unternehmen würde, das neue Gleichgewicht der Kräfte gegen die Störungen von außen zu sichern.

Reichstagsentscheidung vom 19. Juli

vollkommen vergessen oder übersehen er sie absichtlich? Diese Sprüche von Bedingungen für einen allgemeinen Frieden, nicht von nationaler Ausdehnung oder von Vereinbarungen von Staat zu Staat. Der Weltfrieden hängt von der gerechten Schlichtung jedes der verschiedenen Probleme ab, auf welche ich in meiner kürzlichsten Rede an den Kongress hingewiesen habe.

weder Anzweifeln noch Entschuldigungen

oder strafweisen Schadenersatz geben, es sollen keine Völker durch eine internationale Konferenz oder eine Vereinbarung zwischen Gegnern von einer Staatsoberhoheit an eine andere ausgeliefert werden, die Völker dürfen nur nach gemäß ihrer eigenen Zustimmung besetzt und regiert werden.

Die Vereinigten Staaten haben

keinen Wunsch, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen oder als Schiedsrichter in europäischen territorialen Streitigkeiten zu fungieren. Es ist unter ihrer Würde, sich einer inneren Schwäche oder Herrützung zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Volke aufzuzwingen.

Frieden und der Sicherheit der Menschheit zugefügt wurden, gemacht worden sind; und die Friedensbedingungen betreffen sie fast ebenso sehr, als wie sie irgendeine andere Nation, der eine führende Rolle in der Aufrechterhaltung der Zivilisation zufällt, betreffen. Sie sehen keinen Weg zu einem Frieden, bis die Ursachen dieses Krieges beseitigt werden und ihre Wiederkehr so weit erreichbar, unmöglich gemacht wird. Dieser Krieg hatte seine Ursache in der Nichtbeachtung der Rechte der kleinen Nationen und Rassen, denen die Einigkeit und die Macht fehlte. Ihre Ansprüche, ihre eigene Staatsgerechtigkeit und ihre eigene Form des politischen Lebens durchzusetzen. Vertragliche Verpflichtungen müssen nun eingehalten werden, die solche Dinge künftig unmöglich machen, und diese Verpflichtungen müssen durch die vereinigte Macht aller Nationen, die die Gerechtigkeit lieben und wahren sind, sie um jeden Preis durchzusetzen, gestützt werden.

Wenn Gebietsfragen und politische Beziehungen der großen Mächte, die keine organisierte Widerstandskraft haben, durch Vertrag geregelt werden, bestimmt werden sollen, wie Herling vorschlägt, warum nicht auch wirtschaftliche Fragen? Es ist soweit gekommen, daß in der veränderlichen Welt, in der wir uns befinden, die Gerechtigkeit und die Rechte der Völker das ganze Gebiet internationaler Zutritt zu den Rohmaterialien und zu den billigen gleichen Handelsbedingungen.

Graf Herling wünscht, daß die wesentlichen Grundlagen von Handel und Industrie durch gemeinsame Abkommen und Verständigungen gesichert werden sollen; er kann aber nicht erwarten, daß ihm dies gewährt wird, wenn die anderen Gegenstände, welche im Friedensvertrag zu regeln sind, nicht auf dieselbe Weise, nämlich als Besten in der Endabrechnung behandelt werden. Er kann nicht die Möglichkeit eines gemeinsamen Abkommens auf dem einen Gebiete verlangen, ohne es auf dem anderen zu gewähren. Ich nehme es als selbstverständlich an, daß er einleuchtet, daß gesonderte einseitige Verträge in Bezug auf Provinzen und Völker unzulässig sind. Graf Herling scheint die Grundlagen des Friedens mit klaren Augen anzusehen, und er scheint sie nicht zu verunkeln. Er sieht, daß ein unabhängiges Polen, gebildet aus allen unbefriedigten polnischen Bevölkerungen, die eine an die andere grenzen, eine Angelegenheit von europäischer Wichtigkeit ist und natürlich zugestanden werden muß, ferner, daß Belgien geräumt und wiederbesetzt werden muß, gleichgültig welche Opfer und Zugeständnisse dies mit sich bringen mag, und ferner, daß nationale Bestrebungen beachtet werden müssen, sogar in seinem eigenen Reich, in gemeinsamen Interesse Europas und der Menschheit. Wenn er über Fragen schwelgt, die die Interessen und Absichten seiner Verbündeten näher als die Österreichs allein betreffen, so ist es natürlich nur, weil er sich, wie ich vermute, gezwungen fühlt, unter den Umständen auf Deutschland und die Türkei zu verweisen. Zudem er die wichtigsten in Betracht kommenden Prinzipien und die Notwendigkeit, sie offenherzig in die Tat umzusetzen, erkennt und ihnen zustimmt, fühlt er natürlicherweise, daß Österreich auf die Kriegsziele, wie sie von den Vereinigten Staaten ausgedrückt wurden, mit weniger Schwierigkeit, als dies Deutschland möglich ist, eingehen kann. Er würde wahrscheinlich noch weiter gegangen sein, wenn er auf Österreichs Bündnis und seine Abhängigkeit von Deutschland keine Rücksicht zu nehmen gehabt hätte. Die Untersuchung, ob es den beiden Regierungen möglich sein wird, in diesem Austausch der Ansichten vorzugehen, ist einfach und klar.

Die anzuwendenden Grundsätze

sind die folgenden:

1. daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird;

2. daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herangezogen werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Strafen in einem Spiel handelt, wenn auch in dem größten Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun für alle Seiten diebestimmte ist; daß jedoch

3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Anspruchs rivalisierenden Staaten getroffen werden muß.

4. daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegenwärtigkeit, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, anzunehmen. Ein allgemeiner Friede auf solcher Grundlage errichtet, kann errötet werden. Bis ein solcher Friede geschlossen ist, haben wir keine andere Wahl, als mit dem Krieg fortzuführen.

Soweit wir es beurteilen können, sind diese Grundsätze, die wir als grundlegend betrachten, schon überall als zwingend akzeptiert, außer von den Wortführern der deutschen Militär- und Annexionspartei. Wenn sie andernorts verworfen wurden, so sind die Widersprechenden nicht genügend zahlreich oder einflußreich gewesen, um ihre Stimmen vernachlässigt werden zu lassen. Es ist ein tragischer Umstand, daß

diese eine Partei in Deutschland

anscheinend willens und fähig ist, Millionen Menschen in den Tod zu senden, um etwas zu verändern, was alle Welt nun als gerecht ansieht. Ich wäre kein wahrer Führer des Volkes der Vereinigten Staaten, wenn ich nicht nochmals sagen würde, daß wir in diesem Krieg wegen keines kleinen Anlasses eingetreten sind, und daß wir auf dem grundlegenden eingeschlagenen Weg niemals umkehren können. Unsere Hilfsquellen sind jetzt teilweise mobilisiert, und wir werden nicht ruhen, bis dies nicht in Gänge gebracht ist; unsere Truppen werden rasch zur Front geschickt und die Sendungen werden noch beschleunigt werden. Unsere ganze Kraft wird in diesem Krieg der Befreiung eingesetzt werden, einer Befreiung von der Verachtung und von den auf Vorherrschaft gerichteten Bestrebungen selbstherrlicher Gruppen von autoritären Herrschern, was immer auch die Schwierigkeiten und die gegenwärtigen teilweisen Verzögerungen sein mögen. Wir sind in unserer Ansicht der unabhängigen Tat unerschütterlich und können unter keinen Umständen zustimmen, in einer Welt, die von Ränken und Gewalt regiert wird, zu leben. Wir glauben, daß unser eigenes Bestreben nach einer neuen Weltordnung, in welcher Gerechtigkeit, Gleichheit und das allgemeine Interesse der Menschheit regieren, das Verlangen der aufgeklärten Menschen überall ist. Ohne diese neue Weltordnung wird die Welt ohne Frieden sein. Denn menschlichen Leben werden erträgliche Erlebnisse und Entwicklungsbedingungen fehlen. Nachdem wir einmal unsere Hand an die Durchföhrung dieser Aufgabe gelegt haben, werden wir nicht mehr umkehren.

Ich hoffe, daß ich es nicht nötig habe, hinzuzufügen, daß kein Wort, das ich gesagt habe, als Drohung gemeint ist. Das entspricht nicht der Gesinnung unseres Volkes. Ich habe so gesprochen, nur damit die ganze Welt die wirkliche Stimmung Amerikas kennen lernen möge, daß die Menschen überall wissen sollen, daß unsere Leidenschaft für Gerechtigkeit und Selbstregierung nicht lediglich eine Leidenschaft in Worten, sondern eine solche ist, die, wenn einmal in Taten umgesetzt, befehdigt werden

Erkundungen, Artilleriefeuer und Minenkampf im Westen — Gefechte am Saffo Rosso.

Amlich, Großes Hauptquartier, 12. Februar 1918. (B. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Geerdgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

In vielen Stellen der Front Artillerietätigkeit. Infanterieabteilungen führten südlich von St. Quentin und auf dem östlichen Maasufer am Caucicres-Walde erfolgreiche Erkundungen durch und machten dabei Gefangene.

Geerdgruppe Herzog Albrecht.

Zwischen Fliche und der Westlichen Artillerie- und Minenkampf, der sich heute morgen besonders in der Gegend von Remouauidisle verschärfte.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die militärische Lage ist an der Front gegenüber den Großrussen und Rumänen unverändert.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Siedben Gemeinden tagelanger lebhafter Feuerkampf. Im örtlichen Angriff säuberten österreichisch-ungarische Truppen feindliche Stützpunkte am Südrange des Saffo Rosso und nahmen dabei 6 Offiziere und 170 Mann gefangen.

Von der mazedonischen Front nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 12. Februar 1918, abends. Amlich.

Bestand von der Rosel flaute die Gefechtsstätigkeit nach dem Scheitern französischer Vorstöße am Vormittag wieder ab.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 12. Februar 1918. Amlich wird verkauft:

Auf der Hochfläche der Siedben Gemeinden und im Gebiete des Monte Asolone lebhafter Artillerietätigkeit. Nördlich Bassagna warfen unsere Truppen den Gegner aus seinen Stellungen; hierbei wurden sechs Offiziere und 170 Mann gefangen eingebracht.

Der Chef des Generalstabes.

Italienischer Geerdbericht vom 11. Februar.

Sehr festes zusammengefaßtes Artilleriefeuer und Unternehmungen der feindlichen Infanterie folgten am gestrigen Tage westlich und östlich des Brennelatales aufeinander. Vor unseren neuen Stellungen auf dem Val Sella und auf dem Col del Rallo wurde die feindliche Unternehmung durch das Feuer unserer Batterien rasch erstickt. Weiter östlich auf den Südrängen des Saffo Rosso verhielten österreichische Abteilungen unter dem Schutze ihrer Artillerie wiederholt einige Leberwundgräben zu besetzen, die wir vor unseren Linien geräumt hatten. Sie wurden beständig durch unser mörderisches Geerdfeuer daran gehindert.

Die Macht der Vereinigten Staaten ist für keine Nation und kein Volk eine Bedrohung. Sie wird niemals zu Angriffszwecken oder für die Zwecke der Befriedigung selbstherrlicher Interessen angewendet werden. Sie entspringt der Freiheit und steht im Dienste der Freiheit.

Die weitere Entwicklung im Osten

Litauens Selbstständigkeit.

Niemand zweifelt daran, daß die Reise des Grafen Hertling und des Herrn v. Kuhlmann nach dem Großen Hauptquartier dem Ziele gilt, Grundlagen für das weitere Vorgehen im Osten zu schaffen. Und zwar wird, wie wir hören, zunächst die Selbstständigkeitserklärung Litauens ins Auge gefaßt, die vielleicht schon in der aller-nächsten Zeit erfolgen wird.

Bekanntlich hat im September v. J. in Wilna eine litauische Landeskonferenz getagt, die Mitglieder aller Parteien, im ganzen etwa 200 Personen, umfaßte und sich einstimmig für die Selbstständigkeit Litauens aussprach. Die Konferenz wählte einen Landesrat, dem unter Parteigenossen Kocis als zweiter Vorsitzender angehört. Dieser Landesrat hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Selbstständigkeit Litauens unter „Anlehnung“ an Deutschland anzustreben sei. Diese „Anlehnung“ soll in Wirtschaftsverträgen aller Art, Post- und Eisenbahnverträgen wie in einer Militärkonvention Ausdruck finden, die jedoch durch die Klausel eingeschränkt wird, daß litauische Truppen nicht in Kolonialkriegen verwendet werden dürfen.

Die Erklärung des litauischen Landesrats würde, um einen in Groß-Litauen viel verwendeten Ausdruck zu gebrauchen, nur präsumtive Geltung haben. Ihre dauernde Gültigkeit würde erst durch ein Volkstotum auf heiliger Grundlage, d. h. also durch eine Volksvertretung des gleichen Wahlrechts oder durch eine allgemeine Volksabstimmung zu begründen sein. Die „Anlehnungs“-Verträge würden selbstverständlich der Zustimmung des Deutschen Reichstags bedürfen.

Die Sozialdemokratie sieht auf dem Standpunkt, daß Litauen das volle Selbstbestimmungsrecht, einschließlich des Rechts, sich wieder an Rußland anzuschließen, zu gewahren ist, und daß seine dauernde Bindung an Deutschland kein Ziel ist, das anzustreben im deutschen Interesse liegt.

Dringliche Anfrage an Rumänien

Der Bierbund hat, wie das „B. L.“ hört, die rumänische Regierung in Jassy aufgefordert, in Verhandlungen einzutreten. Er hat die rumänische Regierung ersucht, bis heute, Mittwoch abend, mitzuteilen, ob sie zu Verhandlungen bereit sei oder nicht.

Dieser Meldung wird hinzugefügt, der Aufforderung sei nicht die Form eines Ultimatus gegeben worden, das eine Drohung in sich schließt!

Sie ist immerhin ein sehr deutscher Wink, die Angelegenheit unverzüglich in Fluß geraten zu lassen.

Verzweifelte Lage der bürgerlichen Regierung Finnlands.

Kampf gegen die Aktivisten in Schweden.

Stockholm, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Trotz fortgesetzter Siegesberichte läßt sich die Tatsache nicht verbergen, daß die Lage der bürgerlichen finnischen Regierung sehr ungünstig ist. Kammerheims Entwurf Kastren erklärte hier geradezu, daß die Situation der Weissen Garde verzweifelt werde, wenn nicht Waffen und Munition unverzüglich zugeführt werden. „Aftonbladet“ erklärt, der Volkswidmismus solle lieber jetzt auf finnischem Boden niedergeschlagen werden als hernach auf schwedischem.

Die liberale Presse, beispielsweise „Dagens Nyheter“, ermahnt sich, dieser Scharfmacherei entgegenzutreten, wobei die wachsende Stärke der von den Linksozialisten organisierten Gegenaktion Einfluß übt, da die Intervention eine schwere innere Krise hervorrufen würde.

Die gestrigen Protestversammlungen in der Provinz hatten ansehnlichen, teilweise Massenbesuch, stellenweise nahmen die Liberalen an der Protestaktion teil. Die Stockholmer Versammlung, welche infolge Saalabtreibung unter freiem Himmel außerhalb der Stadt stattfand, hatte trotz der Ungunst des Wetters 1500 Teilnehmer.

„Dagens Nyheter“ publiziert einen Artikel, welcher mahnt, von den finnischen Revolutionären nicht als Duldgans zu sprechen, auch wenn Gewalttaten vorgekommen seien. Denn an der Bewegung nehme die sozialistische Partei mit der Parteileitung teil und mit dieser werde die bürgerliche Regierung verhandeln müssen, um Finnland eine stabile Existenz zu verschaffen.

„Politiken“ berichtet aus Tornea über weissen Terror. Freitag wurden sieben Personen festgenommen, darunter der Volkskommisär Swietitschny, welcher den rumänischen Gesandten Diamandi begleitete, und ein am selben Tage aus Schweden ausgewiesener Finne. Diamandi suchte Swietitschny zu retten, wurde aber mit Verhaftung bedroht. Die Leiche wurde die ganze Nacht im Schnee liegen gelassen.

Stockholm, 11. Februar. Amlich wird über den Abbruch des Telegrafenverkehrs mit Finnland mitgeteilt, daß der durch Kappen des Kabels bei der Räumung Nyströms durch die Weisse Garde gestörte Verkehr bis Sonntagabend nicht wieder hergestellt werden kann. Auf baldige Herstellung sei wegen der Schwierigkeiten einer neuen Kabellegung bei Winterwetter, der Minengefahr und den Eisverhältnissen nicht zu rechnen. Die Schaltung der Telegrame nach Finnland und Rußland sei so groß, daß selbst bei schneller Ausbesserung der ordnungsmäßige Dienst Wochen zur Wiederherstellung brauche.

Wasa, 10. Februar. (Meldung von Svenska Telegrambyran.) Gestern und heute fanden lebhaft Kämpfe bei Rantaharju südlich Sankt Michel statt.

Stockholm, 10. Februar. Die schwedische Gesandtschaft in Kelsingfors teilt mit, daß nach einer amtlichen Bekanntmachung die Rote Garde als staatliche Institution aufrecht erhalten werden wird. Gegenrevolutionäre Zeitungen sind vorübergehend verboten worden. Im Weigerungsfalle sollen die Deudereies-Befehlsmänner werden. Nach einer weiteren Meldung ist Wasa in empfindlicher Weise von den Russen ausgeplündert worden.

Stockholm, 10. Februar. „Aftonbladet“ bringt folgendes Telegramm aus Uleå: Der Amtsvorstand verlangt Militär, um die Ordnung auf der Insel Seelars aufrechtzuerhalten, da man eine Invasion der Roten Garde und russischer Soldaten befürchtet. (Anmerkung der Redaktion: Auf der schwedischen Insel halten sich zahlreiche finnländische Arbeiter auf.)

Zum Friedensvertrag mit der Ukraine.

In dem in unserer Kontingenznummer abgedruckten Friedensvertrag muß es im Artikel VII. 1. e heißen: „Die Verrechnung erfolgt in Gold auf folgender Basis: 1000 deutsche Reichsmark in Gold = 402 Karbowonjet Gold der ukrainischen Volksrepublik = 402 Rubel“ usw.

Eine regierungsfeindliche Mehrheit im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Die „Polnischen Nachrichten“ melden: Das Präsidium des Polenklubs, bestehend aus dem Obmann Goch und den Obmannstellvertretern Krasner, German und Lysol, ersuchen beim Ministerpräsidenten Brünn, von Seidler und teils ihm mit, daß angesichts der Veröffentlichung des Friedensvertrages mit der ukrainischen Volksrepublik, worin von römisch-katholischer-polnischer Bevölkerung in überwiegender Mehrheit bewohnte Gebiete von Kongresspolen zugunsten der Ukraine abgetrennt wurden, der ganze Polenklub sich gezwungen sehe, sowohl im Reichsrat als auch in der österreichischen Delegation zur stärksten Opposition überzugehen.

Die Polen waren bisher eine getreue Befolgsgruppe der Regierung, ähnlich, wie die Deutschen, mit denen sie sich in die Herrschaft über die anderen Nationen teilten. Im Weltkrieg glaubten sie sich aber der Erfüllung ihres nationalen Ideals, der Vereinigung mit ihren Volksgenossen mindestens in Kongresspolen zu nähern. Nun scheint die sogenannte autropolnische Lösung, wie die Zuspaltung des national umstrittenen Gouvernements Cholm an die Ukrainer sehr stark vermuten läßt, angesetzt. Dazu gesellen sich Beschwerden über Kriegsbeschwerden in Galizien und die Furcht vor einer Zerteilung des Landes in einen polnischen und ukrainischen Teil.

Dadurch, daß die Polen mit Südslawen und Tschechen zusammen in Opposition gegangen sind, sieht sich die Regierung von der Gefahr bedroht, auch für ein nur zwei-monatiges Budgetprovisorium eine Mehrheit kläglich zusammenkrachen zu müssen. Sie sucht nun einmal die Ukrainer und Südslawen für sich zu gewinnen und zum anderen schiebt sie den Parteien die Verantwortung für eine Sprengung des Parlaments und eine neue unkontrollierte Herrschaft der Bürokratie zu. Vielleicht überlegen es sich die Tschechen, Polen und Südslawen doch noch, wieder eine parlamentarische, eine schreckliche Zeit heraufzubeschwören. Aber auch die Sozialdemokratie, die das Budget grundsätzlich abzulehnen pflegt, scheint sich in einer etwas schwierigen Lage zu befinden.

Um die schwerwiegende Tatsache zu bezeugen, daß die österreichische Regierung mitten im Krieg keine Mehrheit für ein auch nur kurz befristetes Budgetprovisorium erhält, empfiehlt sich vielleicht die Befürde des folgenden Berichtes über eine Rede des

Stroten Bußfalle nach der Aufmachung der offiziellen Reichs-
korrespondenz:

Der Redner gibt eine durch zahlreiche Beispiele
belegte Darstellung von Verfolgungen und Justiz-
zierungen, die gegen die Südslawen unternommen worden
sind. Staatsbürger wurden als Geiseln verlangt, die für
jeden Anschlag gegen Eisenbahnen oder Militärpersonen haf-
ten mußten. Unter Aufsicht von Weislingen schickte
der Redner die Behandlung, die eine Anzahl von Geiseln von den
militärischen Behörden erfuhr. Auch er sei Geisel gewesen. Am
21. Juli 1914 wurde er verhaftet, mit dem Bewußtsein, er sei
mit seinem Leben für das lokale Verhalten der Hochzeiten ver-
antwortlich. Er wurde nach Kamula gebracht, wo die Geiseln,
als die Festung im August 1914 von der französischen Flotte bom-
bardiert wurde, gefesselt wurden. Ein Festwechsel mit dem Re-
dner in der Hand brachte, jeden zu töten, der einen Klagenlauf von
sich gebe. Später sei er nach Wien zu einer Operation geschick-
t und bei der Operation für tauglich befunden, bei der Präsen-
tierung aber als zum Landsturmbienstand untauglich entlassen
worden. Trotzdem sei er dem Landsturmbezirks-
kommando I vorgeführt worden, bald zur Präsen-
tierung und dann zur Konstatierung gekommen, aber noch vor
Emlauf des Befehles langte der Befehl ein, ihn ohne Rücksicht
auf den Befund und auf seine militärische Ausbildung in die
Marschkompagnie einzuteilen. (Hört! hört! bei den Südslawen.)
Dort fand ihm die Freiwilligenabteilung abgenommen worden.
Er erkrankte und sei im Superarbitrierungsweg nur für leichte
Dienste als Schreiber für geeignet befunden, jedoch nicht als
Schreiber verwendet, sondern nach Komorn in die Abteilung für
politisch Bedächtige geschickt und für gewöhnliche Arbeit ver-
wendet worden.

Den Befehl des Kaisers, alle Abgeordneten zur Tagung des
Reichstages zu beurlauben, wollten jene militärischen Voran-
setzungen als für ihn nicht gültig betrachten, so daß er erst nach Er-
öffnung des Reichstages entlassen wurde. Die Südslawen ver-
lassen, daß dem Kaiser Gewähr dafür gegeben werde, daß sich
Anschläge gegen ihre Existenz nicht mehr wiederholen. Sicherheit
dafür könne aber nur durch Bildung eines unabhängigen Staates
geboten werden.

Das sind gewiß traurige und aufreizende Uebergriffe; aber die
Anklage der österreichischen Botschaft in Wien sollte nicht ver-
gessen, daß die Nationalisten aller Nationen die
Bureaucratie und das Militär durch die Verschlingung des Parla-
mentes kontrolliert und allmächtig gemacht haben.

Die Fälschungen des „Petit Parisien“.

Stockholm, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“).
Das jungsozialistische Blatt „Petit Parisien“ weist an eskalanten Ein-
zelheiten die Fälschung der von „Petit Parisien“ publizierten
Dokumente nach, welche die Bekämpfung russischer Revolutionäre
durch Deutschland beweisen sollen. Anlässlich des angeblichen Briefes
von Scheidemann an Elberg, worin er diesem 150.000 Mk. anbietet
haben soll, richtete Elberg, der nie Volksheld war, sondern Inter-
nationalist ist, eine Zuschrift an „Sozialdemokraten“, worin er er-
klärt, daß er die Bekanntheit mit Scheidemann für ebensowenig
entbehrlich ansehe, wie die mit irgendwelchem Mitglied einer andern
sozialistischen Mehrheitspartei. Hebrigend erhielt Elberg, der nur
während der Revolution 1906 und in den Folgejahren für den
„Vorwärts“ korrespondierte, nicht aber i. J. 1917, von Scheid-
mann überhaupt niemals einen Brief.

Die Seinesföderation und der Friede.

Der Verband der sozialistischen Vereine von Paris
und Umgebung hielt am Sonntag eine Versammlung ab, um seine
Vertreter für die am Sonntag zusammengetretene Tagung der
Partei zu ernennen. Bei der Beschlusseffassung sind die Rechtssozia-
listen vollständig unterlegen. Die Zensur hat die Wiedergabe des
Protokolls der angenommenen Tagesordnung noch nicht freigegeben.
Sie enthält folgende drei Punkte: 1. das Verlangen nach einem
internationalen Friedensschluß auf der Grundlage des
Selbstbestimmungsrechtes der Völker; 2. Ablehnung der
Kriegskredite durch die Vertreter der sozialistischen Parteien;
3. Lösung der elsaß-lothringischen Frage durch ein
Referendum.

Sozialistenverfolgung in Italien.

Die Versammlung des Vorstandes der italieni-
schen Partei, die am vergangenen Sonntag in Florenz stattfand,
ist von der Polizei verboten worden. Die Führer und
Delegierten, die sich schon nach Florenz begeben hatten, wurden von
der Polizei derart kontrolliert, daß es ihnen auch nicht möglich war,
zu improvisiertem vertraulichem Zusammensein zu kommen.

Clemenceau und Delcassé.

Die französische Regierung hat am 7. Februar die Einlegung
einer besonderen Kommission zum Studium der bei dem Friedens-
schluß möglicherweise aufzuwerfenden Fragen, die den französischen
Kolonialbesitz betreffen, verfügt. Zu den Mitgliedern der Kom-
mission gehört der ehemalige Minister des Äußern Delcassé. Die
Tatsache, daß Delcassé von Clemenceau zum Mitglied der Kommission
ernannt wurde, bestätigt auch, daß die Versöhnung zwischen den
beiden Politikern zustande gekommen ist.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 11. Februar. Im östlichen Teil des Bermellonals und
an der englischen Westküste vernichteten unsere U-Boote
18 000 Br.-R.-T.
feindlichen Handelschiffsräume. Alle Schiffe, mit Ausnahme
eines in Ballast fahrenden, waren beladen. Ein etwa 5000
Br.-R.-T. großer Dampfer wurde aus einem Geleitzug
herausgelockt, ein anderer allein fahrender Dampfer von mindestens
6000 Br.-R.-T. trotz starker Bedeckung versenkt.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Landbootsjäger. Der amerikanische Admiral Benson hat
Anfang Januar vor dem Kongress des Kongresses dargelegt,
daß der Einsatz der sogenannten Landbootsjäger die Erwerbungen
nicht erfüllt habe und die Bauten daher beschränkt worden seien.
Amerika und Irland. Jeanette Rowlin, das einzige weibliche
Mitglied des amerikanischen Kongresses, brachte Anfang Januar
eine Entschließung ein, in der es heißt: „Die Regierung der Ver-
einigten Staaten erkennt das Recht Irlands auf politische
Unabhängigkeit an, und wir rechnen Irland unter die Länder,
für deren Freiheit und Demokratie wir kämpfen.“ Ueber das Schick-
sal des Antrages ist nichts bekannt.
Dänische Hilfe für Finnland. Kopenhagen, 10. Fe-
bruar. Die dänische Regierung hat angelehnt, daß in Finnland
herrschenden Lebensmitteln ihre Zustimmung zur Abfindung
einer Ladung Lebensmittel nach Finnland gegeben; die
Ladung besteht aus Getreide, Mehl, Butter und Zucker.
Das Norwegische St. Thomas ist damit bereits Freitag nachmittags
nach Stockholm abgegangen.

Hertling für Wahlreform.

„Mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln.“

Schon gestern war die ungewohnte Entschiedenheit auf-
gefallen, mit welcher der Vizepräsident des preussischen Staats-
ministeriums, Dr. Friedberg, einem neuen Verschleppungs-
antrag der Konservativen im Verfassungsausschuss entgegen-
getreten war. Er war zu gleicher Zeit hatte, wie halbamtlich
gemeldet wird, Graf Hertling dem Präsidenten des Ab-
geordnetenhauses, Grafen Schönerherberg zu sich gebeten, um
ihm folgende Mitteilung zu machen:

„Herrn dem Ministerpräsidenten, sei in letzter Zeit von ver-
schiedenen Seiten — auch in der Presse — unterstellt worden,
daß er nicht mehr mit der gleichen Entschieden-
heit, wie bei seinem Amtsantritt, für die Wahlreform-
vorlage eintrete. Er müsse diese Unterstellung mit aller Schärfe
zurückweisen. Denn er habe sein Wort gegeben, für die
Wahlreform eintreten zu wollen, und werde dieses Wort
halten. Er erkenne zwar durchaus an, daß eine für die ganze
Zukunft Preußens und des Reiches so entscheidend bedeutungs-
volle Vorlage, wie es die preussische Wahlreform sei, eine sehr
gründliche und eingehende Durcharbeitung erfordere, und daher
nicht in kurzer Frist erledigt werden könne. Aber er müsse Wert
darauf legen, keinen Zweifel an seinem unveränderten
Willen aufkommen zu lassen, die Reform mit allen ihm zu Gebote
stehenden Mitteln zustande zu bringen.“

Aus dieser Erklärung des Kanzlers ist zu schließen, daß
nach seiner Absicht die reaktionäre Sturzwehle, die
in diesen Tagen über Deutschland niederging, keine dauernden
Folgen haben soll. Bedauerlich ist nur, daß Graf Hertling
diese Erklärung nicht schon vor vierzehn Tagen abgegeben hat.

Zensurdebatte im preussischen Staatshaushaltsausschuss.

In der veräußerten Staatshaushaltskommission des
preussischen Abgeordnetenhauses gab es am Dienstag zunächst
nochmals eine lebhafte Zensurdebatte.

Abg. Haensch (Soz.) brachte die Art und Weise zur Sprache,
in der die Zensurstelle des Oberkommandos in den Marken mit
den Zeitungsberichten über die Verhandlungen der Kommission
vom letzten Freitag ungenügend ist. Diese Verhandlungen be-
trafen bekanntlich in erster Linie die Streikbewegung.
Genosse Haensch teilte mit, daß durch eine Verfügung des Ober-
kommandos allen Berliner Blättern die Wiedergabe der Aus-
führungen des Genossen Braun rundweg verboten worden sei,
während die Provinzpresse darüber vielfach sehr ausführliche Be-
richte hätte bringen dürfen. Dem „Vorwärts“ sei der ganze
Bericht verboten worden, trotzdem in ihm alle Schärpen der De-
batte mit voller Absicht von vornherein ausgegattet worden seien.
Genosse Haensch legte schärfsten Protest gegen eine solche Behand-
lung parlamentarischer Kommissionen durch die Zensur ein;
er müsse die verfassungsmäßige Zulässigkeit solcher Maßnahmen
bestreiten. Er ermahnte, daß im Interesse des Ansehens des Parla-
ments sich alle Fraktionen diesem Protest anschließen, und daß der
Minister des Innern sofort beim Oberkommando die ernstliche
Vorstellungen erhebe, um die Wiederholung ähnlicher unwürdiger
Vorgänge unmöglich zu machen.

Aus dem Hause stimmten die Abgeordneten Cossel (Sp.) und
Dr. Rohmann (natl.) den Ausführungen des Genossen Haensch zu,
während die Herren von Kessel (L.) und Dr. Kewisch (fr.) mehr oder
minder das Vorgehen der Zensurstelle zu verteidigen suchten.

Der Minister des Innern erklärte, ihm seien diese neuesten
Zensurverfügungen völlig unbekannt, er selbst sei der Mei-
nung, daß objektive Berichte über die Kom-
missionsverhandlungen, Berichte, die sich von Ver-
nehmung freihalten, ungeschminkt erscheinen sollten. Er
werde in diesem Sinne seine Auffassung beim
Oberkommando geltend machen, eine direkte Ein-
wirkung auf dessen Beschlüsse aber sehe ihm be-
kanntlich nicht zu.

Im weiteren Verlauf der Debatte brachte Abg. Haensch die
Art und Weise zur Sprache, in der der Landrat von Swine-
münde in einem amtlichen Schriftstück die Reichstagsmehr-
heit beschimpft und Propaganda für die Vaterlandspartei ge-
trieben habe. Herr Cossel schloß sich der Verurteilung des un-
glücklichen Behaltens des Landrats nicht an, und der
Minister machte aus seiner Mißbilligung kein Hehl. Hebrigend sei
der Landrat inzwischen aus seinem Amte geschieden.

Zentrumsabgeordnete und Nationalliberale spannen inzwischen
die am Freitag begonnene Debatte über die konfessionelle
Partei weiter, der Minister schilderte die ständige Einwick-
lung der Parteien und ihre Wirkung bei dem Erfolge
der Kriegsanleihen, konservative Redner klagten über die schlechte
finanzielle Lage der Reichsbank und so wurden noch viele
andere Dinge mehr oder minder ausführlich behandelt.

Abg. Gaeßlich verlangte besseren Schutz der Lebens-
mittelgeschäfte gegen die sich häufenden Ein-
bruchsdelikte und brachte eine Reihe von Beschwerden
über die Theaterzensur zur Sprache. Verschiedene, denen von
verschiedener Seite zugestimmt wurde. Herr Kewisch führte Ver-
sicherungen über die Standpunkte politische Behandlung, die ihm und
seiner Gattin anlässlich eines Besuches in Ostrowitz zuteil geworden
sei. Der Minister mißbilligt den Vorgang ausdrücklich.

Bei der dann folgenden Beratung des Medizinalein-
sicht werden in stundenlanger Debatte die Fragen der Tuberkulosebekämp-
fung, der Prävention, der Säuglingsfürsorge, des Ralles Geneser usw.
eingehend behandelt. Der Vertreter unserer Fraktion legte beson-
derez Gewicht auf die sozialen Zusammenhänge aller dieser
Dinge und lenkte seinerseits die Aufmerksamkeit der Regierung auf
die internationale Rundschauung der Vertreter gewisser neuer An-
schauungen auf dem Gebiete der Krankeitsbekämpfung.

Die Sitzung schloß mit einer längeren Salzburgerdebatte.
Ein Antrag der Sozialdemokraten, zur Prüfung dieser Frage eine
gemischte Kommission einzusetzen, wurde von der Regierung be-
kämpft und gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Nachschrift der Redaktion des „Vor-
wärts“: Zur Zensurdebatte des Genossen Haensch bemerken
wir, daß uns nicht der Abdruck des ganzen Kommissions-
berichts verboten wurde. Aber da wir die Rede des Genossen
Braun nicht bringen konnten, verzichteten wir darauf,
die Reden seiner Gegner wiederzugeben. Der Irrtum des
Genossen Haensch beruht auf einem Mißverständnis, an dem
er keine Schuld trägt.

Aegerer über mißlungene Verschleppung.

Die konservativen Organe sind untröstlich, daß die aber-
malige Verschleppung der Wahlrechtsvorlage durch Zurück-
stellung hinter die sog. Kompetenzvorlage nicht gelungen ist.
So klagt die „Kreuzzeitung“:

Es ist also bereits soweit gekommen, daß nicht entscheidet, ob
dieser oder jener Weg richtig und vernünftig ist, sondern,
daß die in der Öffentlichkeit mit unbedingten Schlagworten er-
zeugte Stimmung für die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses maß-
gebend ist. Das ist der Punkt, wo die Herrschaft der
Straße an die Stelle des wahren Parlamentarismus zu treten
beginnt. Aus diesem grundsätzlichen Zusammenhang heraus sind

solche Zustände nicht hochbedenklich. Und gerade deshalb bedauern
wir es, daß der Minister Friedberg sich so lebhaft für diese Lösung
einsetzte.

„Rechnlich äußert sich die „Deutsche Tageszeitung“ unter
der Ueberschrift „Die erste Unschlüssigkeit“:

Die auch von Herrn Dr. Friedberg gedehnte Auffassung, eine
Vorankündigung der Vorlage über die Befugnisse des künftigen
Herrnhauses könnte stichhaltigen Grund zu Mißtrauen gegenüber
dem Reformvorschlag der Regierung — oder auch des Abgeordneten-
hauses — geben, ist also durchaus haltlos, und wenn
radikale Blätter, vor allem der „Vorwärts“, den konservativen
Antrag in heftiger Weise als einen Ver-
schleppungsversuch bezeichnen, so muß ein derartiges Ge-
baren mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. Leider
hat die Argumentation des Herrn Vizepräsidenten des Staats-
ministeriums der radikalen Agitation Wasser auf die
Räder geleitet, da man eben mit den gleichen Gründen auch die
Vorankündigung der Vorlage über die Zusammenfassung des Herren-
hauses bekämpfen kann.

Die Konservativen sind wirklich prächtige Gemüter. Sie
haben bisher mindestens ein halbes Dutzendmal
den Versuch einer Wahlreform durch alle erdenklichen
Mittel hintertrieben. Jetzt aber spielen sie die
Beschränkten, wenn man ihnen scharf auf die Finger sieht, und
zetern über „unberechtigte Schlagworte“ und „Deje“. Das
Mißtrauen, das das Volk diesen Herren entgegenbringt,
braucht wirklich nicht künstlich genährt zu werden. Oder hält
man das Volk für einen Idioten, der erst vor dem ge-
warnt werden muß, der ihn jahrzehntelang ge-
prellt hat?!

Zum Landesverratsprozeß gegen den „Vorwärts“.

Der für gestern angeetzte Termin im Landesverratsprozeß des
außerordentlichen Kriegsgerichts gegen die Genossen Friedrich
Stamper und Erich Kuttner ist aufgehoben worden, weil
weitere Ermittlungen notwendig geworden sind.

Anzufriedenheit mit dem Kriegsgericht.

„Der Höhepunkt der Gemeinheit.“
In der „Deutschen Zeitung“ gibt der Fregattenkapitän
a. D. Schnell seiner Unzufriedenheit mit dem Urteil, welches
das außerordentliche Kriegsgericht über den Reichstagsabg.
Dittmann gefällt hat, heftigen Ausdruck. Herr Schnell be-
schuldigt das Kriegsgericht „sentimentaler Regungen“, weil es
Dittmann nur zu Festung und nicht zu Zuchthaus ver-
urteilt hat. Er schreibt:

Dieser Fall, Wortbruch, Raub, Totschlag,
Mord — alles das reicht nicht hin an die Niedrigkeit der
Bestimmung, an die Verworfenheit des Menschen, der die Belange
seines Volkes und Staates den Feinden in die Hände spielen, der
den eigenen in bittersten Kampf stehenden Heeren die Mittel
nehmen will, sich der Gegner zu erwehren. Abgesehen davon,
daß alle übrigen Verbrechen nur eine oder wenige Personen be-
treffen, der Landesverrat dagegen Millionen von Volksgenossen,
lassen sich bei jenen immer noch Fälle denken, in denen die
Handlungsweise des Verbrechers in etwas milderem Maße er-
scheinen kann. Ein schwaches Gemüt kann durch heftige seelische
Erregungen, durch Angst, durch Reizung des Jähzorns, durch
alkoholische Einflüsse usw. zu einer unüberlegten Tat hingerissen
werden. Der Landesverrat hat diese Entschuldigungen nicht. Er
muß von langer Hand vorbereitet, gründlich überlegt sein; er ist
sich der verderblichen Folgen genau bewußt; er weiß, was er
will; er arbeitet mit kaltem Blute. Und meistens arbeitet
er fremdem Geld zuliebe. Das ist der Höhepunkt seiner
Gemeinheit.

Herr Schnell stellt also den Abg. Dittmann mit den
Verurteilten auf eine Stufe, die fremdem Gelde zuliebe ihr Vater-
land verraten. Das ist allerdings — „der Höhepunkt“. Aber
der schneidige Fregattenkapitän ist selbst mit dem Zuchthaus
nicht zufrieden, sondern er erinnert daran, daß er schon
früher in der „Deutschen Zeitung“ für vollendeten wie für
verfäulenden Landesverrat die Todesstrafe gefordert hat.

Man sieht daraus, daß jeder Versuch, es den alldeutschen
Nazionalisten des weichen Sprechens recht zu machen, von
vornherein aussichtslos ist.

Auch eine fortschrittliche Kandidatur in Niederbarnim!

Die das „V. L.“ erzählt, hat die fortschrittliche
Volkspartei auf Grund des seit 1912 geltenden Wahlkom-
promisses mit den Nationalliberalen das Ver-
bandsmitglied des Eisenbahnarbeiterverbandes Hoffmann-
Lichtenberg als Kandidaten für die Reichstagswahl in Nieder-
barnim aufgestellt. — Nach einer bisher unüberprüften, auch
von uns wiedergegebenen Meldung haben die Nationalliberalen
einen eigenen Kandidaten, den Stadtrat Marchly aufgestellt.
Daneben scheint das Verhältnis zwischen Fortschrittlichen und Natio-
nalliberalen im Wahlkreis rechtlich ungelöst zu sein.

Vaterlandsparteilicher Tanz. Der alldeutsche „Angelheimer An-
zeiger“ berichtet über die Kaisergeburtstagsfeier der Vaterlandspartei,
Erdgarnung Schwabenheim: Unter Spiel und Tanz ging der
Abend hin und trennte man sich erst in früher Morgenstunde in
fröher Stimmung.

Eine Eingabe des Sächsischen Saalbesitzerverbandes um Wieder-
zulassung von Tanzveranstaltungen ist jüngst mit dem Bemerkten ab-
schlüssig beantwortet worden, daß solche Feste der gegenwärtigen Volks-
stimmung durchaus widersprechen.

Die freigestimmten und tanztüchtigen Vaterlandsparteilicher weichen
freilich auch sonst weit von der Volksstimmung ab.

Letzte Nachrichten.

Kein Ultimatum an Rumänien.

Berlin, 12. Februar. Wie wir erfahren, ist die durch Savob
verbreitete Meldung von einem Ultimatum der Deutschen an
die rumänische Regierung nicht zutreffend. Wichtig ist, daß
der Generalfeldmarschall von Mackensen mit der rumänischen
Heeresleitung in Verhandlungen getreten ist, um die Ent-
scheidung über das Fortbestehen des seitzeitig mit dem General
Tschernawsky abgeschlossenen, für Rußen und Rumänen gemein-
samen Waffenstillstandes herbeizuführen, nachdem durch das
angewandelte Verhältnis zwischen Ukrainern und Rumänen eine
Lösung dieser Frage notwendig geworden ist.

Republik Großrußland.

Basel, 12. Februar. Eine Agentur weist auf Moskauer Mel-
dungen hin, daß die Vertreter der Großrußland bildenden 26 Pro-
vinzen sich in Moskau versammelt haben, um dort drei Tage
lang Besprechungen abzuhalten. Der Zweck dieser Konferenz ist,
die Verfassung der Republik auszuarbeiten, die den Namen Groß-
rußland erhalten soll.

Gewerkschaftsbewegung

Beitrag und Unterstützung im Tapeziererverband.

Im Korrespondenzblatt des Verbandes der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen verweist der Verbandsvorstand darauf, daß er sowohl als auch der Verbandsausführer sich bereits seit Jahr und Tag mit der Frage der Erhöhung der Unterstützungssätze und der Beiträge beschäftigt habe. In Anbetracht der Tatsache, daß bei der gegenwärtigen Entwertung des Geldes die jetzt gezahlten Unterstützungssätze völlig unzureichend seien, bei dem zurzeit noch herrschenden Wochenbeitrag von 10 Pf. die Unterstützung aber nicht erhöht werden könnten, sei der Verbandsvorstand einstimmig zu dem Beschluß gekommen, den Mitgliedern in allerhöchster Zeit eine Vorlage zur Beschlußfassung zu unterbreiten, die eine Erhöhung der Unterstützungssätze und der Beiträge vorsehe. Daß die vom Verband geleisteten Unterstützungen den größten Teil der Gesamteinnahmen des Verbandes ausmachen, beweist am besten folgender Vergleich: In den zehn Jahren von 1905 bis 1914, die als normale Durchschnittsjahre gelten können, erzielte die Organisation eine Einnahme aus 60-Pf.-Beiträgen von 2.154.521 M. Die Ausgaben für Unterstützungen betragen aber allein 1.904.781 M. Daraus geht hervor, daß eine weitere Erhöhung der Unterstützung ohne eine entsprechende Erhöhung der Beiträge unmöglich ist.

Aus der Schlichtungskommission für Militärschneiderei.

Wegen Bezahlung der Geschloppen bezw. Geschlopphüllen über die wir wiederholt berichtet haben, wurde im letzten Termin vor der Schlichtungskommission erneut verhandelt. Der Vertreter der Firma Kowalk war nicht zum Termin erschienen, es wurde mitgeteilt, daß er sowohl als auch die Firma Kamper u. Weber sich an das Kriegsamt mit der Anfrage gewendet hätten, ob die im Lohnvertrag vorgesehene Löhne tatsächlich gezahlt werden müßten. Sie hielten dieselben für zu hoch und hätten vorgeschlagen, daß die Arbeitslöhne mit rückwirkender Kraft ermäßigt würden. In der Verhandlung wurde nun festgestellt, daß die Firma den Auftrag übernommen hat, nachdem der jetzt in Frage stehende Tarif Gültigkeit erlangt hatte, daß also ihre Kalkulation sich auf den Tariflöhnen aufbaut. Namens der Befragten wurde von deren Vertreter darauf hingewiesen, daß das Kriegsamt nicht einseitig die Löhne abändern könne und insbesondere gar kein Recht habe, einen Lohn mit rückwirkender Kraft zu ermäßigen. Die Löhne seien von Sachverständigen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Artilleriewerkstätte in Spandau festgelegt, es könne daher dem Einwand der Befragten, daß die Löhne zu hoch seien, keine Bedeutung beigemessen werden. Die Firma Kamper u. Weber erklärte sich nunmehr, ohne daß ein Urteil gefällt wurde, bereit, den Differenzbetrag, der weit über tausend Mark beträgt, nachzahlen. Die genaue Summe soll an der Hand der Lohnbücher festgestellt werden.

Wegen der Firma Kowalk soll ein neuer Termin stattfinden, während die gegen die Firma Kamper u. Weber gerichtete Klage wegen der Löhne für die Fällung von Schwelstücken vor der Schlichtungskommission für das Sattlergewerbe verhandelt werden soll.

Wegen Frau Kupfer klagen zunächst zwei Arbeiterinnen aus denselben Gründen wie die Arbeiterinnen bei Kamper u. Weber. Klage vom Schneiderverband erklärte, daß auch er noch einige Sachen gegen Frau Kupfer habe und daß es sich dieselbe empfehle, dieselben miteinander zu verbinden. Nach längeren Verhandlungen wurde beschloffen, die Angelegenheit auf Montag zu verlagern und der Frau Kupfer aufzugeben, die mit der Auftragserteilung in Verbindung stehende Korrespondenz, sowie die Ordres selbst vorzulegen. In dieser Sache werden mehr als 3000 M. gefordert.

Wegen den Vaterländischen Frauenverein vom Roten Kreuz führte ein alter Mann Klage, daß ihm nicht die vorgeschriebenen Löhne gezahlt seien; auf seine Einwendungen habe man ihm erklärt, die Löhne seien in letzter Zeit heruntergesetzt worden. Eine Verzierung des Frauenvereins war nicht erschienen, die Sache mußte daher vertagt werden.

In einer Klage gegen den Schneidermeister Große wurde mitgeteilt, daß dieser von der Charlottenburger Innung Geldbußen übernommen und nicht die vorgeschriebenen Löhne bezahlt habe. Nach der Behauptung des Beklagten soll es sich um Arbeiten handeln, die für Marine-Infanterie in Bremerhaven bestimmt sind, während die Klägerin behauptet, die Arbeit sei für das 3. Armeekorps in Spandau. Der Beklagte erklärte, er habe diese Arbeit bei der Charlottenburger Innung im Auftrag des Herrn Lindenberg abgeholt und auch geliefert. Herr Lindenberg habe nur die Berechnung vorgenommen und sich im weiteren um die ganze Sache nicht gekümmert.

In einem anderen Falle hatte der Schneidermeister Eppstein aus Reichenhagen Klagen für Spandau übernommen, diese in Reichenhagen anfertigen lassen und gleichfalls die vorgeschriebenen Löhne nicht bezahlt. Obwohl er bereits mit der klagenden Arbeiterin einen Vergleich abgeschlossen hatte, zahlte er noch 90 M. nach, weil er darauf hingewiesen wurde, daß die nichttarifmäßige Bezahlung strafbar sei.

Industrie und Handel.

Der Angriff der Bolschewiki auf den Kapitalismus.

Der Staatsbankrott. — Die Verstaatlichung der Handelsflotte und der Banken. — Annullierung der russischen Staatsanleihen.

Der Zentralrelativauschuss hat folgenden Erlaß über die Aufhebung der Staatsschulden am 3. Februar beschlossen: 1. Alle Staatsanleihen, die von der Regierung der russischen Bourgeoisie aufgenommen sind, werden vom 1. Dezember 1917 (N. St.) ab für ungültig erklärt, die Dezemberkupons nicht mehr bezahlt.

2. Ebenso werden die Garantien ungültig, die von diesen Regierungen für Anleihen verschiedener Unternehmungen gegeben sind.

3. Alle ausländischen Anleihen werden bedingungslos und ohne jede Ausnahme annulliert.

4. Kurzfristige Obligationen bleiben in Kraft. Prozente werden nicht bezahlt, die Obligationen selbst gelten wie Kreditcheine.

5. Minderbemittelte Bürger, die annullierte innere Anleihen bis zu 10 000 Rubel besitzen, werden durch Anteile der neuen Anleihen der russischen sozialistischen föderativen Räte-republik entschädigt.

6. Einlagen in den staatlichen Sparkassen und deren Zinsen sind unantastbar. Die im Besitz der Sparkassen befindlichen annullierten Anleihen werden auf die Schuld der Republik übernommen.

7. Ueber Entschädigung von Genossenschaften und dergleichen werden besondere Bestimmungen ausgearbeitet.

8. Die Leitung, der Liquidation der Anleihen hat der Oberste Volkswirtschaftsrat.

9. Die Ausführung ist Aufgabe der Staatsbank.

10. Die Feststellung der Minderbemittelten erfolgt durch besondere Kommissionen. Diese haben das Recht, Eridarnisse in vollem Betrage zu annullieren, die nicht auf dem Wege der Arbeit erworben sind, selbst wenn diese die Summe von 5000 Rubel nicht übersteigen.

Ueber die „Nationalisierung der Handelsflotte“ wird folgende Mitteilung veröffentlicht:

Alle Schiffsunternehmungen, die Aktiengesellschaften, Handelsbühnen und Großhandelsunternehmungen gehören, werden durch Dekret des Volkswirtschaftsrates für nationales Eigentum der Republik erklärt. Eine Ausnahme bilden näher bestimmte kleinere Fahrzeuge.

Ferner wird das Projekt des Dekrets über die Konfiskation der Aktienkapitale der früheren Privatbanken veröffentlicht. Demgemäß werden alle diese Kapitalien in vollem Umfange konfisziert und der Volksbank der russischen Republik übergeben. Alle Bankaktien werden annulliert und jede Dividendenauszahlung eingestellt.

Unter der Bezeichnung „Volkswirtschaftsamt für Finanzen“ wird ein Finanzkollegium gegründet.

Durch die Aufhebung der Staatsschuld werden die Rentner, diese Parastaten der Gesellschaft, zum Verzicht auf ihren Besitz und ihre Zinsen gezwungen. Es tritt also eine sehr merkwürdige Entlastung der Volks- und Staatswirtschaft ein, es wird reiner Reichtum gemacht, ein schlechtes Geschäft aufs gründlichste liquidiert. Allein es bleibt zu bedenken, daß einem Staat, der so rückwärts seine Verpflichtungen zerstreut, in die Zukunft niemand mehr sein Geld anvertrauen wird, und daß schließlich der Staatsbankrott alle gläubiger Wohlwants trifft, nur nicht jene, die seinen — bisherigen Feinden angehören. Die Mittelstände haben genug Fausthänder, die Interessen ihrer Bürger kräftig zu schützen. Schließlich sei noch darauf verwiesen, daß Artikel 10 — so schön er auch klingt — praktisch reiner Nullpunkt ist. Der Bolschewik, daß Spargut aus Erbschaft kommt, ist schwer zu kontrollieren und wird tödlicher nur dazu führen, daß die revolutionären Steuerkommissionen — bestochen werden.

Auch mit der Verstaatlichung der Banken durch Verfügung ist es nicht getan. Sollen die Banken weiter arbeiten — so braucht es dazu ebenso erfahrene wie gewissenhafte Beamte, und die Kreise im Augenblick noch zum Protest gegen die Gewalttätigkeit der Bolschewiki.

Der Zuckerbau in Gefahr.

Das russische Bureau von H. D. Licht bemerkt in seinem neuesten Wochenbericht, daß aus einer ganzen Reihe von mittel-, nord- und ostländischen Bezirken Mitteilungen vorliegen, nach denen vorläufig mit einem weiteren, zum Teil einschneidenden Rückschlag der Zuckerrübenanbaufläche gerechnet werden muß.

Dem Zuckerbau droht Gefahr, weil der Anbau anderer Gaderfrüchte, wie z. B. Mohrrüben nicht nur Lohnender, sondern auch mit geringerer Arbeit verknüpft ist. Es ist vergeblich, den Bauwägen vorzuhalten, daß sie die Volksernährung bedrohen und die Landesverteidigung schwächen, wenn sie keinen Zucker anbauen; sie gehen dem höchsten Gewinn nach und wollen ihre patriotische Pflicht nur erfüllen, wenn ihnen höhere Preise bewilligt werden. Statt höherer Preise zu bewilligen, wäre es freilich ebenso gut möglich, die Preise für die mit der Zuckerrübe konkurrierenden Gaderfrüchte kräftig herabzusetzen. Aber es ist leider sehr fraglich, ob das Kriegsernährungsamt die moralische Kraft hat, entgegen dem Druck der Landwirte diese richtige Preispolitik zu treiben.

Der gegenwärtige Stand der rumänischen Erdbölgewinnung.

Die „Königliche Volkszeitung“ schreibt: Im besetzten Gebiet Rumaniens werden zurzeit täglich etwa 975—280 Wagen Kohöl gewonnen. In dieser Ausbeute ist die Rumänisch-Amerikaner mit etwa 55, die Steana Romana mit 75 bis 80, die Astra Romana mit 70 bis 75 und die Concordia mit etwa 30 bis 35 Wagen beteiligt. Die Aussichten auf Steigerung der Ausbeute sind sehr gut. Eine ganze Reihe von Sonden steht vor der Erhöhung bzw. vor dem Ziel, und bei einigen erwartet man, daß sie sich als Springquellen ausweisen werden. Die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Bohrgeräten usw. dauern allerdings an, dagegen scheinen sich die Verhältnisse für den Versuch etwas zu bessern. Die Hoffnung, mit der Umlegung der Kohlenleitung Ploesti-Cernoboda nach Giurgiu im Jahre 1917 fertig zu werden, hat sich leider nicht erfüllt, was um so mehr zu bedauern ist, als diese Kohlenleitung bei Wiederaufnahme der Donauschiffahrt wesentliche Entlastung der Eisenbahnen hätte herbeiführen können. Vor Ende Mai wird schwerlich auf Fertigstellung der Leitung zu rechnen sein. (In unserem Artikel „Die deutsche Beteiligung an der Erdbölgewinnung“ ist die Ausbeute der Concordia irrtümlich mit 8000 statt mit 80 000 Tonnen angegeben.)

Soziales.

Kein Anspruch auf Hinterbliebenenrente.

Nach § 508 der Reichsversicherungsordnung haben Verwandte der ausstehenden Linie, also Eltern, Großeltern Anspruch auf Hinterbliebenenrente, wenn der durch den Unfall zu Tode gekommene Versicherte diese aus seinem Arbeitsverdienst wesentlich unterhalten hat.

Bei all den Streitigkeiten aus diesem Paragraphen dreht es sich in der Hauptsache darum, ob der Verstorbene wesentlich den Lebensunterhalt der Eltern bestritten hat. Ist dieser Nachweis nicht fruchtbar zu führen, so ist in fast allen Fällen mit der Ablehnung des Anspruchs zu rechnen. In allen Fällen tun die Eltern, die Unterstützung von ihren Söhnen erhalten, gut, darüber Vuch zu führen, Datum und Betrag zu notieren, wenn sie durch die Post Geld zugesandt erhalten, die Postabschnitte sorgfältig aufzubewahren. Veranlassung zu diesem Hinweis gibt ein folgender Fall:

Der Richter M. verunglückte am 10. Februar 1916 tödlich. Der Verstorbene hatte mit seiner Mutter, die Witwe ist, gemeinschaftlichen Haushalt geführt und hat nach der Behauptung der Mutter, die noch an zwei Schlafburichen vermiert hatte, seinen Verdienst zur Bestreitung des gemeinschaftlichen Unterhaltes abgegeben.

Die Führer des Verunglückten lehnte den Anspruch der Mutter ab, weil der Verunglückte nur Gelegenheitsarbeiter gewesen, nur tageweise gearbeitet habe und aus diesem Grunde nicht in der Lage gewesen sei, wesentlich zum Lebensunterhalt beizutragen. Auch habe die Frau seit Oktober 1913 Armenunterstützung bezogen. Der hauptsächlichste Teil des Unterhalts sei durch Vermietung der Schlafburichen sowie Handreichungen und Aufwartung bei den Schlafburichen erzielt worden.

Das Oberverwaltungsamt Groß-Berlin verurteilte die Genossenschaft zur Zahlung der Hinterbliebenenrente, weil es im Gegenzug zu der Genossenschaft zur Ueberzeugung gelangte, daß die Unternehmung des § 508 im vorliegenden Falle gegeben sei. Der Verstorbene hatte, als er im Herbst 1914 als Armerunterstützter tätig war, seiner Mutter dreimal aus dem Felde insgesamt 40 M. gefandt. Diesen Betrag, als auch die Summe, die der Verstorbene, als er bei seiner Mutter wohnte, dieser gegeben hatte, wurde bei den dürftigen Verhältnissen als ein wesentlicher angesehen.

Das Reichsversicherungsamt erhob auf einseitigen Refus weiteren Beweis. Auf Grund dessen wurde die Entscheidung des Oberverwaltungsamtes aufgehoben, dem Refus stattgegeben und die Witwe mit ihrem Anspruch abgewiesen.

Die vom Verstorbenen gefandte Summe aus dem Felde (40 M.) wurde als hinreichender Beweis dafür, daß der Unterhalt der Mutter vom Sohn zu einem wesentlichen Teil bestritten worden sei, nicht angesehen. M. habe in einem nicht festen Arbeitsverhältnis gestanden und sei infolgedessen nicht in der Lage gewesen, seiner Unterhaltspflicht dauernd nachzukommen. Hinzu käme, daß die Kundendirektion Unterstützungen gezahlt habe; das wäre nicht gesehen, wenn der Sohn ausreichend zum Lebensunterhalt beigetragen hätte.

Wir halten dies Urteil für ein Fehlurteil. Die Unterstützungen der Armerdirektion betragen im Monat 10—20 M.; daß davon eine einzelebende Person nicht leben kann, ist selbstverständlich. Ebenso bekannt ist, daß sich die Kosten eines Haushalts pro Kopf geringer stellen, wenn mehrere Personen daran beteiligt sind. Der Verstorbene lebte im Haushalt der Mutter. Daß diese hierdurch im wesentlichen ihren Unterhalt mitgefunden haben wird, ist eine Erfahrung, die das praktische Leben täglich ergibt. Solche Erfahrungen kommen unheimlich für das R. V. A. nicht in Betracht.

Erhöhung der Grenze für die Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat dem Bundesrat und dem Reichstag eine Petition unterbreitet, worin der Bundesrat gebeten wird, auf dem Verordnungsweg, die Grenze für die Versicherungspflicht der Angestellten von 5000 M. zu erhöhen. Niemand wird dieser Forderung ihre innere Berechtigung absprechen. Der Krieg hat so abnorme Lohnverhältnisse gebracht, daß die Versicherungspflicht erlischt, wenn das Einkommen 5000 M. übersteigt, also andere als zeitgemäß ist. Sie ist aber da und muß angewendet werden. Sehr zum Schaden der Angestellten, die aus der Versicherung ausscheiden, wenn, was doch lediglich durch die Steuererhöhung verursacht wird, ihr Gehalt über 5000 M. hinausgeht. Wenn nach dem Kräfte der Arbeitsmarkt überlastet sein wird, wird gerade bei den Angestellten, deren Organisationsverhältnisse noch sehr im argen liegen, am ehesten mit Lohnherabsetzungen begonnen werden. Die allmähliche Wiederehr besserer Verhältnisse auf dem Lebensmittelmärkte wird dazu ein fähriges tun und über kurz oder lang würde dann die Versicherungspflicht wieder gegeben sein. Die vorhandene Lücke würde sich aber in den meisten Fällen empfindlich bemerkbar machen, je größer sie wird.

Die Petition fordert 1. Erhöhung der Grenze des für die Versicherungspflicht maßgebenden Jahresverdienstes von 5000 M. auf 6000 M.; 2. daß Versicherte, die während des Krieges wegen des Ueberreitens der bisherigen Versicherungsart aus der Versicherungspflicht ausgeschieden sind, ohne Nachzahlung der Beiträge in ihre alten Rechte eintreten können; 3. daß sie jedoch berechtigt sind, die ausgefallenen Beiträge nachzahlen zu können und 4. daß diese Bestimmungen sinngemäß auf die Angestellten Anwendung finden, die wegen Ueberreitens der 5000-Mark-Grenze aus der Versicherungspflicht ausgeschieden sind oder nicht versicherungspflichtig waren und vor dem 1. Januar 1917 bei öffentlichen privaten oder Lebensversicherungsunternehmungen einen Versicherungsbeitrag abgeleistet haben.

Wir meinen, daß die Petition mit gleicher Berechtigung auch eine Erhöhung der Grenze der Versicherungspflicht in der Kranken- und Invalidenversicherung hätte anstreben sollen, denn auf diesen Gebieten dürfte die Grenze von 2000 bzw. 2500 M. noch häufiger überschritten worden sein, als die 5000 M.-Grenze bei der Angestelltenversicherung.

Jugendveranstaltungen.

Eine Konferenz der Jugendauschüsse und Funktionäre der Arbeiterjugend Groß-Berlin findet am Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, im Jugendheim, Berlin SW., Lindenstr. 3, statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Domnik: Der Ruf und Aufbau unserer Groß-Berliner Jugendbewegung (Gründung eines Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin). Zu dieser Konferenz sind alle auf dem Gebiet der „Arbeiterjugend“ bestehenden Jugendauschüsse und Funktionäre eingeladen, ebenso die örtlichen Parteivereine.

Verantwortlich für Politik: Erich Ruttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reichenhagen; für Angelegenheiten des Reichs: Hermann-Verlag G. m. b. H. O., Berlin. Druck: Hermann-Verlagbuchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Klasse 1. Klasse und Unterhaltungsblätter.

Spezialarzt

Dr. med. Laabs
Beh. schnell, gründl., mögl. Schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, typische Weibchen, Ehrlich-Hata-Kuren, Harn-, Blaruntersuchung.
Königsstr. 34/36. Sprechst. 10—12, 5—8, Sonnt. 10—1.

Gläsern l. großer Auswahl

F. Ernst Borch, Berlin, Klassenstr. 21.
Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
Jah. Kessels u. Komorank-Kell. 23. Havelstr. 14. Fernsp. Kgl. 12708
Handwagen, Gürtel
R. Bock, Stralauer Str. 34.
E. Krone, Kammgarnstr. 22.
A. E. Lang, Brunnenstr. 104
Bücher u. Konditionen
Otto Wolff, Treptow, Köpenick, 16. Zahren, Gr.-Lichterl., Chausseest. 12a
Herbwaren, Kleiderstoffe
Brauerei Bötzwil
empfehle
Qualitätsbiere
Königsstr. 121. Fernsp. 1185.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erhalten 2 mal wöchentlich.
Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Füllungen.
Gebrüder Manns
45 eigene Detailgeschäfte.
Schroter, R.
43 Drehmaschinen 43
August Holz
15 Detail-Geschäfte.
Hugo-Anstalten
Waukolln
Ansongerstr. 25.
Koppentstr. 25
Königsstr. 114.
Central-Bad
Diana-Bad
Passage-Bad
Reform-Bad, Wiener Str. 66.

Münchener Brauhaus

Berlin und Oranienburg
Trink Waininger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt.
Pillnickerstr. 27. Tel. 1881, 2553
Kölnfabrik
Tinner-Essig
Abertl erhältlich
Kühmaschinen
Bellmann, K.
Gölnowstr. 26
Kühmaschinen
Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Meierei C. Bolle

A.-G.
Berlin N.W. 21. Alt Moabit
96/103 =
Ältester und größter
Milchwirtschaftlicher
= Großbetrieb =
Photogr. Apparat
M. Albrecht
50, Köpenicker Str. 1
auch Köpenicker Str. 1
Uhren u. Goldwaren
Lohmann, Alfr. Franz, Altes
Weine, Liköre, Pruniken, etc.
Hugo Boling
45 Füllungen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co., Gas.
ca. 550 Vertriebsstellen. Gr.-Berl.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Ehrlich-Hata-Kur (Dauerheilung),
Blutuntersuchung, schnelle, sichere
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung. 125/127
Sprechstunde: 11—1 u. 6—8.
Spezial-Arzt
Dr. med. Hasché,
direkt am
Stadtbahn-
Behandlung von Syphilis, Gon-
orrhoe, Frauenleiden, Harn-
erkrankungen, Ehrlich-Hata-Kuren,
Blutuntersuchung, schnelle, sichere
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung. Sprechstunden 10
bis 1 und 6—8, Sonnt. 11—1.

Groß-Berlin

Voreilig.

Ob du Vertreter der Verneinung, ob Optimist vom Stamme „Ja!“ — darüber sind wir einer Meinung: Das Weiter gestern war „eins“.

Weil gar zu schön die Sonne lachte und gar zu lieblich blies der Wind — schüßig Paulchen mit mehr Schwung als Würde die Winterhülle in den Spind.

Doch ach! Uns armen Erdenbüchern wird solcher Leichtsinns schnell zum Fluch: — Heut rächt sich an den Taschentüchern das schwergefränkte Mantelstück!

Paulchen

Städtetag und Kohlenversorgung.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts hat auf Antrag des Deutschen Städtetages unter Beteiligung des Reichskohlenkommissars eine Abordnung empfangen, bestehend aus den Oberbürgermeistern Dr. Körte-Königsberg, Wähler-Dresden, Matting-Breslau, Siegrist-Karlsruhe und dem Geschäftsführer des Städtetages Dr. Luther. Sowohl der gegenwärtige Stand der Kohlenversorgung wie auch die Notwendigkeit einer rechtzeitigen Vorkehrung für die spätere Versorgung, besonders durch starke Ausnutzung der mit Verkehrserschwerungen weniger belasteten Frühjahrs- und Sommermonate zur Deckung der Kohlen in die Städte, waren Gegenstand eingehender Darlegungen der Städtetagevertreter. Der Staatssekretär erklärte, daß den städtischen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen werden soll, wobei er wegen der Vorkehrung für den nächsten Winter auf die bereits geplanten Maßregeln des Reichskohlenkommissars hinwies.

Die Charlottenburger Wasserwerke gegen Schöneberg.

Die bekannte Steuerklage der Charlottenburger Wasserwerke A. G. gegen den Magistrat Berlin-Schöneberg befand sich den 11. Senat des Oberverwaltungsgerichts. Die Charlottenburger Wasserwerke, die ihren Sitz in Schöneberg haben, waren vom dortigen Magistrat auf Grund einer besonderen Gemeindegewerbesteuerordnung, wonach diejenigen Betriebe steuerpflichtig wurden, die in den Straßen Schönebergs Röhre, Schienen und Kabelleitungen verlegt haben, für das Steuerjahr 1918 zunächst zu einer Gewerbesteuer von 368 000 M. veranlagt worden. Diese Veranlagung wurde jedoch zurückgezogen. Unmittelbar darauf, im Frühjahr 1917, beschloß jenes Magistrat und Stadtoberordnete von Schöneberg eine neue Steuerordnung, worin die Steuerleistungen als Steuerertrag gestrichen waren. Es blieben im wesentlichen nur noch die Charlottenburger Wasserwerke und die Englische Gasgesellschaft als Steuerpflichtige übrig. Auf Grund der neuen Steuerordnung wurden die Charlottenburger Wasserwerke dann zu einer Steuer von 200 000 M. veranlagt. Hiergegen erhob die Gesellschaft Einspruch und Klage mit dem Antrage auf Freistellung. Der Verwaltungsrat in Potsdam wies die Klage in erster Instanz ab. Auf die Revision der Gesellschaft wurde die Klage vor dem Oberverwaltungsgericht erhoben. — Der Vertreter der Klägerischen Gesellschaft beantragt erneut unter Berufung auf die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes, die Schöneberger Steuerordnung für rechtsungültig, die Veranlagung für unzulässig und die Höhe der Steuer für ungeheuerlich zu erklären. Die Stadt Schöneberg habe diese Steuer nur beschloßen, weil die Charlottenburger Wasserwerke den am 1. Januar 1920 ablaufenden Wasserlieferungsvertrag mit der Stadt zu den Bedingungen des Magistrats nicht verlängern zu können glaubte. Unrechtmäßig entspreche eine solche Steuer nicht den Anforderungen von Treu und Glauben; auf der einen Seite seien die Wasserwerke zur Wasserlieferung verpflichtet und könnten sich nicht der Steuer durch Fortgang entziehen; auf der anderen Seite werde das Unternehmen durch derartige allzu hohe Steuern dem Ruin entgegengeführt. Einen solchen Zustand könne der Gesetzgeber nicht gewollt haben. — Der Vertreter der Stadt Schöneberg wies demgegenüber darauf hin, daß die Gemeinde Schöneberg den Wasserlieferungsvertrag vor 25 Jahren, als sie noch Dorfgemeinde war, abgeschlossen habe, und daß die Gesellschaft in dieser ganzen Zeit aus der Stadt Schöneberg, ihrer besten Kundin, hohe Einnahmen gezogen habe. Durch die finanziellen Lasten des Krieges sei die Stadt gezwungen, zu besonderen Einnahmen zu greifen. Die Stadt sei durch die zuständigen Minister selbst auf die besondere Gemeindegewerbesteuer hingewiesen worden. — Das Oberverwaltungsgericht beschloß, das Urteil den Parteien schriftlich zuzustellen. Die Entscheidung in dieser wichtigen Steuerfrage wird für eine ganze Reihe anderer Gemeinden Groß-Berlins, die die gleiche besondere Gemeindegewerbesteuer eingeführt haben, von grundsätzlicher Bedeutung sein.

Erhöhte Vorfrage gegen Brotartenfälschungen.

Die Brotarten für die 8., 9., 10. und 11. Woche, d. h. für die Zeit vom 18. Februar bis 17. März, sind alle auf gelbliche m Wasserzeichenpapier gedruckt. Um eine Unterscheidung der Sorten für die einzelnen Wochen zu ermöglichen, ist die ziffermäßige Wochenbezeichnung im Druck besonders deutlich hervorgehoben. Besetzer anderer Sorten sind anzuhalten, da sie rechtmäßig nicht in den Besitz dieser Sorten gelangt sein können.

Nur nicht läde! Der Hausbesitzerverband zur Regelung des Zentralbewohnungsverkehrs hat in einer zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Kollprelle für den Hausbrand herabgesetzt werden, und daß die Befreiung für den Hausbesitz zu ermäßigten Preisen erfolgt; ferner daß alle Verträge für Wohnungen mit Heizung und Warmwasserbereitung, die auf Grund früherer Kollpreise abgeschlossen worden sind, mit je sechs wöchentlichem Frist für kündbar erklärt und die Mietminderungskämter und Schiedsstellen ermächtigt werden, das Mietverhältnis und die Mietpreise den veränderten Kollpreisen entsprechend zu gestalten.

„Das müßte man gleich der Steuer anzeigen!“

In einem peinlichen Disput kam es in einer der letzten Sitzungen der 8. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zwischen dem Vorsitzenden, Magistratsrat Dr. Neumann, und einer als Zeugin erschienenen Kriegerfrau. Die betreffende Zeugin war von der einen Klagepartei mitgebracht worden, ohne eine Vorladung erhalten zu haben. Bei „mitgebrachten“ Zeugen entstehen wegen der Zeugengebühren sehr häufig Differenzen, da das Gericht nur Gebühren zahlt, wenn eine gerichtliche Vorladung nachgewiesen ist. Die Klagepartei aber trotzdem ihre Zeugin mitbringen ließ, hat die Kriegerfrau Verita L. auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie etwas verdammt, erwiderte, sie habe einen sehr großen Kustall, denn sie arbeite auf Kamilien und verdiene 18 M. pro Tag, wandte sich Dr. Neumann zum Protokollführer mit den Worten: „Donnerwetter, das müßte man gleich der Steuer anzeigen.“ Und zur Zeugin gewandt, fuhr der Verhandlungsleiter fort: „Wo Sie

so viel Geld verdienen, finde ich es sehr kleinlich, wenn Sie da auf die Zeugengebühren noch Wert legen.“ Die darauf apostrophierte Kriegerfrau erwiderte, es wäre ihr lieber, sie hätte ihren Mann hier, dann bräuhete sie nicht so schwer zu arbeiten. Da sie nicht gerichtlich vorgeladen war, mußte sie schließlich ohne Entschädigung abziehen.

Deute ist für die werksfähige Bevölkerung mehr denn je Zeitverlust als Geldverlust anzusehen, es sollte darum niemand, der als Zeuge vernommen werden soll, sich „mitbringen“ lassen, sondern auf gerichtlicher Ladung bestehen. Ni aber jemand schon einmal so gefällig und läßt für einen Bekannten die Arbeit im Stich, um sich bei Wind und Wetter an Gerichtsstelle zu begeben, dann sollte er wenigstens dagegen geklagt sein, daß ihm für seine Gutmütigkeit noch kein angemessener Verdienst vom Richteramt vorgehalten wird.

Du hast noch Gold!

Frage es nicht! Lege es nicht beiseite!

Verkaufe

all deinen Goldschmuck noch heute der Goldankaufstelle!

Nach einem Einbruch bei der eigenen Mutter verhaftet wurde eine 18 Jahre alte Arbeiterin Erna Höppler aus der Dragonerstraße. Das Mädchen verließ vor längerer Zeit die elterliche Wohnung, trieb sich umher und sang immer tiefer. Es trat in enge Beziehungen zu einem Manne, den es nur dem Vornamen Paul nach kennen wußte. Dieser gewann bald einen großen Einfluß auf seine Geliebte. Als er sie kürzlich fragte, ob sie nicht eine Gelegenheit zu einem Einbruch wisse, gab sie ihm die Wohnung der eigenen Mutter an, einer feigen Frau, die schwer zu arbeiten hat, um für ihre jüngeren Kinder zu sorgen. Während die Mutter auf ihrer Arbeit war, ließ die Tochter ihre jüngeren Geschwister aus der Wohnung, unterdessen brach ihr Geliebter ein und stahl alles, was nicht niel- und nagelfest war. Von dem Erbe gab er dem Mädchen eine Kleinigkeit ab. Dann ließ er es sitzen und verschwand. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei führten bald auf die richtige Spur. Das Mädchen wurde gestern festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Für 70 000 Mark Gepäck gestohlen. Gestern um die Mittagszeit hielt ein Gepäckwagen, der mit zwei Schimmeln bespannt war, und der H. B. gehört, kurze Zeit in der Pflanzstraße. Während dort die Begleiter abtrugen, bemächtigte sich ein Dieb des Gepanns und jagte davon. Der Wagen, der die Nummer 82 trägt, hatte noch für 70 000 M. Gepäck aller Art geladen. Auf die Wiederbeschaffung der Diebesbeute ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Lichtenberg. Lebensmittel. In der gestrigen Mitteilung muß es heißen: auf Abschnitt 190 J, K nicht 170 J, K je eine Dose Kondensmilch. Auf Abschnitt 190 G nicht 170 G 60 Gramm Magermilchpulver.

Lichtenberg. Die Listen zur Reichstagswahl liegen von jetzt bis einschließlich Dienstag, den 19. Februar, zur Einsicht aus. An Wochentagen von 8 bis 8 Uhr, Samstags von 9 bis 12 Uhr, und zwar für den alten Ortsteil Berlin-Lichtenberg im Stadtverordnetenversammlungssaal des Rathauses Möllendorffstr. 8 und für den alten Ortsteil Porphagen-Kummelsburg im Zimmer 59 des Stadthauses Türschmidtstr. 26. Jeder Wähler überzeuge sich, daß er eingetragen ist oder er wende sich an die Vertrauensleute unserer Partei bezw. an den Bezirksleiter H. Peterhansel, Köhlschlagstr. 12/13, born I.

Kreis Teltow. Der Milchverbrauch der Selbstversorger ist durch eine sofort in Kraft getretene neue Verordnung des Kreislandesausschusses neu geregelt worden. Danach dürfen die Selbstversorger (die Haushalte nebst ihren Haushalts- und Wirtschaftsangehörigen) für ihren Haushaltsbedarf an frischer Vollmilch nicht mehr als durchschnittlich 1/2 Liter auf den Kopf und Tag verbrauchen; statt dieses Durchschnittsverbrauchs von 1/2 Liter auf den Kopf und Tag des ganzen Haushaltes können auch die für Kinder bis zu sechs Jahren, schwangere Frauen und Kranke im einzelnen zulässigen Vollmilchmengen verbraucht werden. Alle über den hiernach zulässigen Haushaltsbedarf gewonnene Vollmilch ist, soweit nicht Veräußerung zugelassen ist, abzuliefern und zwar zunächst an diejenigen Stellen, an die im September 1916 die Milch abgeliefert worden ist. Die Verwendung von Magermilch durch den Kuhhalter unterliegt keinen Beschränkungen.

Ziegel. Lebensmittel. Auf Abschnitt 1 der Südhoffkarte kann ein Päckchen Süßstoff entnommen werden. Auf Abschnitt 8 der Lebensmittelkarte 1/2 Pfund Rauschbrot zum Preise von 57 Pf., auf Abschnitt 7 der neuen Lebensmittelkarte wird ein Ei zu 43 Pf. verteilt.

Auf Abschnitt 2 der neuen Lebensmittelkarte für Jugendliche können jetzt 100 Gramm Oriz in der Gemeindebeckenschleife entnommen werden.

Die Reichstagswählerlisten liegen bis Dienstag, den 19. Februar von 8 bis 8 Uhr in der Steuerabteilung — Veritstraße 5, Zimmer 15 — zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Auch am Sonntag erfolgt die Auslegung von 8 bis 8 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wissell als Parlamentarier.

Genosse Rudolf Wissell, der sozialdemokratische Kandidat für Niederbarnim, hat mehrere Jahre hindurch der Bürgerchaft der Stadtrepublik Lübeck als Mitglied angehört. Dort hat er sich nicht nur das unbedingte Vertrauen seiner sozialdemokratischen Wähler, sondern auch die Achtung der bürgerlichen Gegner zu erwerben gewußt. Als er im Jahre 1909 wegen seiner Berufung nach Berlin auswich, hielt der Präsident Dr. Götz eine Rede, in der er sagte: Herr Wissell hat seit seinem Eintritt in die Bürgerchaft wohl zu jeder wichtigen Vorlage das Wort ergreifen und bewiesen, daß er in der Durcharbeitung des Stoffes niemand nachstand. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik verbanden wie ihm manche auf fruchtbaren Boden gefallene Anregung.

Jetzt gehört Genosse Wissell, wie bekannt, der Redaktion unseres Blattes an und ist ihr Hauptmitarbeiter in sozialpolitischen Fragen. Als Vertreter von Arbeiter-

interessen ist er zweifellos zu einer hervorragenden Rolle im Reichstag berufen.

Groß-Berlin.

Heute abend, 8 Uhr, Mitgliederversammlungen der Sozialdemokratischen Vereine.

In allen Versammlungen werden Vorträge entgegengenommen und Resolutionsentwürfe angenommen.

Da den Genossen wichtige Mitteilungen zu machen sind, ist das Erscheinen aller Genossen dringend notwendig.

Berlin I.

bei Maue, Kommandantenstraße 88.

Berlin II.

1. und 2. Abt. Westen bei Rieder, Steinmühlstr. 36a. — 3. und 4. Abt. Friedrichstadt und Südwesten, Lindenstr. 3, II. Hof 3 Zr. — 5. Abt. Südwesten bei Reuser, Vogelberger Str. 20a. — 6. Abt. Südwesten bei Schuster, Chamissoplatz 4. — 7. und 8. Abt. bei Reim, Urhanstr. 20.

Berlin III.

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Berlin IV.

Petersburger Viertel: bei Kühne, Schreinerstr. 58. — Landsberger Viertel: im Chlum, Landsberger Allee 40. — Frankfurter Viertel: bei Baedter, Al. Gewerkschaftshaus, Ostbahnstr. 11. — Straßener Viertel: bei E. Koh, Marjahnauer Str. 57. — Prenzlauer Viertel: bei Fröhlich, Ruschauer Str. 1. — Köpenicker Viertel: bei Daus, Lanziger Str. 40.

Berlin V.

Abt. 1b bei Schwaneberg, Rangardstr. 3. — Abt. 1 u. 1a bei Spange, Christburger Str. 24. — Abt. 2 und 3: Edmunds Festsäle, Linsenstr. 8. — Abt. 4, 5 und 6: bei Pöcker, Linsenstr. 195. — Abt. 7: bei Walter, Schiffbauerdamm 22.

Berlin VI.

1.—7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Str. 3. — 8. Abt. bei Hoffmann, Ebnitzander Str. 47. — 9. Abt. bei Böhm, Straßander Str. 11. — 10. Abt. bei Garnd, Poststr. 37. — 11. Abt. bei Paul, Gartenstr. 101. — 12.—15. Abt. bei Kleiner, Jagow- und Levetzowstraßen-Ecke. — 16. u. 17. Abt. im „Schwedenzelt“, Schweden- u. Grezlerstraßen-Ecke. — 18. u. 19. Abt. bei Sasse, Lindower Str. 25.

Schöneberg: bei Grabow, am Baboak Grünau. — Britz: Heute abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Vahr, Werderstr. 37. „Vorwärts“-Leser und Genossenschaftsgenossen werden um ihr Erscheinen gebeten.

Spandau: bei Gollnow, Rosenstraße.

Frederiksberg-Petersbagen: bei Steuer in Petersbagen.

Karlshorst: bei Bolter, Dönhofsstr. 8.

Kaulsdorf: bei Gammel, Döbner Str. 5.

Lichtenberg: bei Kurkowski, Flacstr. 74, nahe der Frankfurter Allee.

Mariendorf: Chausseestr. 44.

Neukölln. In folgenden Lokalen: 1. bis 4. Bezirk bei Schulz, Reuterstr. 47. Ede Venaustr.; 5. Bezirk bei Schüttler, Reichsstr. 6, Ede Donaustr.; 6. Bezirk bei Koch, Beyerstr. 41, Ede Kuckstr.; 7. Bezirk bei Jörn, Riddinstr. 58, Ede Martrahne; 8. Bezirk bei Kleiner, Stargarder Str. 7; 9. Bezirk bei Köhler, Vertheilbörcher Str. 8, Ede Neue Donaustr.; 10. bis 12. Bezirk im Turnerheim, Schöneberg Str. 13; 13. bis 17. Bezirk bei Cengel, Hermannstr. 173, Ede Thomsenstr.; 18. bis 20. Bezirk bei Ed. Widmann, Prinz-Danzen Str. 60; 21. bis 24. Bezirk bei Gentschel, Herrfurthstr. 27, Oberkasselerstr.; bei Labania, Kaufenerstr. 5.

Pankow: zur „Hütte“ Dreierstr. 16.

Reinickendorf: in den Reitanstalt Böhmers, Reibensstraße, Ede Parkstraße und Neumann, Griebstraße, Ed. Koppstraße.

Steglitz: bei Glement, Döbnerstr. 7.

Tempelhof: bei Müller, Berlinstr. 87.

Weißensee: bei Storz, Charlottenburger Str. 3.

Wilmersdorf: Die Mitgliederversammlung findet erst am 20. Februar statt.

Friedrichshagen. Freitag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im „Vindergarten“, Friedrichstr. 74: Mitgliederversammlung, Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Verschiedenes.

Treptow-Baumhulsenweg. Am Mittwoch, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Erbe, Baumhulsenstr. 14, und bei Ebert, Großstr. 1, Vortragsabende statt. Nächste allg. Mitgliederversammlung am Dienstag, den 20. bei Ebert in Treptow, Gröbestraße 1.

Mahlsdorf (Dshahn). Am Sonnabend, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn E. Anders, Bahnhofsstraße: Mitgliederversammlung.

Gewinnanang der 11. Preussisch-Süddeutschen (237. Königlich Preussischen) Klassenlotterie 2. Klasse 1. Ziehungstag 12. Februar 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Vorsei gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Table with lottery results including columns for prize amounts (e.g., 40 000 M., 3000 M., 500 M., 400 M., 300 M., 200 M.) and winning numbers (e.g., 127936, 163171, 61282, 168992, 4641, 10254, 89899, 117659, 3050, 29967, 87974, 42368, 67051, 85878, 69822, 85810, 87375, 97768, 114773, 118373, 124771, 129922, 131621, 167857, 184398, 201969, 207414, 207473, 216813, 216953, 829, 1103, 6942, 18409, 22784, 25105, 29418, 30142, 30380, 30779, 32668, 34886, 35861, 40301, 43479, 51284, 55529, 58042, 62737, 65312, 67490, 74478, 85706, 87454, 88993, 92159, 94286, 106728, 112746, 120643, 125922, 130288, 144586, 147696, 161290, 181393, 182003, 185716, 185790, 176556, 182254, 210849, 215335, 60 000 M., 9028, 6000 M., 135068, 3000 M., 186378, 1000 M., 190960, 500 M., 36386, 208650, 400 M., 15769, 67057, 65164, 142785, 218710, 300 M., 28274, 36204, 67323, 130843, 207945, 213079, 200 M., 1150, 4743, 6884, 7392, 16793, 22842, 33762, 34040, 35259, 35892, 46628, 49290, 63661, 65427, 74310, 76746, 92784, 99147, 100629, 105663, 114014, 122388, 127100, 130586, 131107, 136173, 162543, 172026, 182866, 185610, 200512, 216083

Die ersten Blüten.

Von E. Schenking.

Kaum hat der warme Südwest den Schnee zum Schmelzen gebracht und die Sonne das feuchte Erdreich oberflächlich abgetrocknet, da brechen aus dem Boden auch schon die ersten Knospen hervor...

Wir können leicht feststellen, daß die Blütenknospe des Schneeglöckchens sehr bald, nachdem die Pflanze abgeblüht hat, angelegt wird. Dann aber verharret die junge Anlage fast dreiviertel Jahr in Ruhe...

Wenn wir uns die ersten Frühlingsblumen ansehen, so können wir mancherlei Interessantes beobachten. Die Blüten haben etwas Apocynales, das von den meisten anderen Blumen abweicht. Da ist z. B. der gelbe Winterling, der erste von allen Lenzesboten...

nach den Blüten. Ihre Blattfläche ist schildartig auf dem Blattstiele, ist dabei aber vielfach zierlich eingeschnitten. Die viel größeren Laubblätter der Wiesenzug dagegen haben eine Gestalt...

Doch nicht nur die krautartigen Pflanzen, auch die Holzgewächse senden uns jetzt schon vereinzelt Blumensträuße. Mit am schönsten ist der Seidelbast, dessen Zweige dicht mit roten, kleinen, sehr süß duftenden Blüten besetzt sind.

So bieten schon die ersten Knospen dem aufmerksamen Naturfreund eine Fülle von Stoff zum Nachdenken. In wenigen Wochen marschieren dann das große Heer der Lenzblüher auf. Wäge eine günstige Witterung ihnen beizugehen sein!

Der Nationaldichter der Ukraine.

Jetzt, wo die Ukraine durch den Friedensvertrag mit den Mittelmächten endgültig unter die selbständigen Staaten Europas eingereiht ist, gebührt es sich wohl, des Mannes zu gedenken, der der Seele und der Sehnsucht des ukrainischen Volkes das Wort...

Schewtschenko wurde am 9. März 1814 im Dorfe Moryncei im Gouvernement Kiew geboren. Er war der Sohn eines Leibeigenen und wurde früh Waise. Eine elende Jugend und ein Herz voller Sehnsucht nach Licht und Glück...

Sein Dichten, dessen Anfänge schon in seine Frühzeit zurückreichten, nahm nun einen mächtigen Aufschwung. Die Lieder wuchsen aus der Seele dieses Ukrainers hervor, wie die Blumen aus der Erde. Die großen geschichtlichen Erinnerungen seines Volkes...

Das mächtige, gegen den russischen Despotismus gerichtete Gedicht „Kaufman“ wurde die Ursache zur tragischen Wendung seines Lebens. Witten aus der Tätigkeit als Professor an der Kunstakademie zu Kiev wurde er herausgerissen, nach Petersburg auf die Festung geschleppt und dann in die Irkutskersteppe Sibiriens verbannt.

Von seinen Gedichten hat Julia Virginia eine deutsche Uebersetzung geliefert, die vor einer Reihe von Jahren im Xenien-Verlag in Leipzig erschienen ist. Ihre Melodie ist dunkel, ihr Atem heiß...

Senk dich ein — doch dann erhebt auch I Ketten sprengst, Harte! Feindes Blut, es röte eurer Freiheit Siegesstunde...

Und er ist nicht vergessen worden! Der Volksdichter wurde in der Erinnerung seiner Landsleute zum Volkshelden. Sein Sterbetag wird in der Ukraine als höchster Nationalfeiertag begangen...

Notizen.

Ueber die Ukraine spricht im Wissenschaftlichen Theater der Ukraine unter Vorführung von Lichtbildern am 18. Februar, abends 8 Uhr, Dr. Falk Schnupp.

Die Geisterhand. Ein Erlebnis aus der bekannten Tatsache, daß Amputierte oft ein Gefühl in dem Glied zu empfinden glauben, das sie gar nicht mehr besitzen, findet sich in dem Brief eines englischen Soldaten an den „Manchester Guardian“...

Ruh muß ich erklären, daß ich Linkshänder war und während der Schlacht den Revolver mit der linken, jetzt verlorenen Hand hielt. Wenn nach meinem Gefühl die Finger der amputierten Hand...

Ich kann mir das Ganze nur daraus erklären, daß mir die geschmetterte Hand genau 24 Stunden nach der Verletzung abgenommen wurde. Am 4. Uhr morgens hielt die Hand mit geschlossenen Fingern den Revolver, und am nächsten Morgen um 4 Uhr wurde sie amputiert.

Sprachweisheit der Litauer: Mit lahmem Gaule treibt du nicht weit. — Mit Arroganz allein kriegt man keinen Kopf zu Raube. — Bei Tisch darf man nicht blöde sein. — Es sind nicht alle Räder, die krumme Hörner tragen. — Ein Huhn verrät sich schon durchs Gackern. — Was das Raub nicht lernt, lernt der Lohfisch schon gar nicht. — Das Unkraut laßt den Flachs aus. — Er macht aus einer Nähnadel eine Wagenachse.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Wiebig.

„Du bist eifersüchtig,“ sagte ihr Mann. „Mehr als alle Zukunftsjungen quält es dich, daß du die Liebe deines Sohnes nun teilen mußt.“

Sie senkte den Kopf: „war es denn nicht auch schwer? Nie, nie hätte sie ohne weiteren Kampf eingewilligt, wäre nicht das dunkle Bild der Krüger wie ein mahrender Schatten auf ihren Weg gefallen.“

Als sie zur Kirche führen, fing es an zu regnen. Es regnete der Braut in den Kranz, das bedeutet Glück. Warum sollte die auch nicht Glück haben, reich, schön, jung? Die Neugierigen, die sich in großer Zahl vor der Kirche angesammelt hatten, waren begeistert. Versägliches Gemurmel begrüßte die schöne Braut beim Aussteigen.

„Wenn der bloß wiederkommt,“ sagte irgend jemand. Und dann jemand anderes: „Nun, Se man nich.“

unruhig, ihre Angelpel rollten: so schön, so schön, — ah, waren die glücklich! Nur den Tag erleben, dann war's gut. Weiter wollte sie auch gar nichts: nur den Tag!

Die Dietrich preßte ihre Hände ineinander, es war ihr, als müßte sie laut aufschreien: so viel Glück, und sie war noch immer allein, stand noch immer draußen vor der Pforte. Es war nicht länger mehr anzuhalten. Sie schloß auf.

„Wenn Sie mich mehr sehen können, denn sehn Sie doch ab,“ sagte eine Frau. „Det dauert heute. Bei die predigt er lange.“

Sie wollte sich vor die Dietrich brängen, aber diese stieß sie zurück. Hier, hier würde sie ihren Platz behaupten, und wenn sie auch umfiel. Sie war jetzt oft so schwach, essen mochte sie gar nicht mehr, die Kleider hingen ihr. Die Mutter tat was sie konnte und pflegte sie, aber konnte ihr die die Sehnsucht nehmen? Andere starben an Auszehrung, sie fühlte es selber ganz genau: sie zehrte aus an Sehnsucht.

Alle sahen hin nach Margarete Dietrich. Sie hatte plötzlich ganz laut gerufen: „Ja!“ Und dann fiel sie um. — Auch zum Haus der Krüger waren die Glocken gedrungen, sie wachte, was die läuteten. Bei ihren Nachbarn war ein frohes Fest, der junge Vertholdt machte Hochzeit. Sie kannte den Rudolf schon, als er ihr vom alten Burdowm noch die Dirnen heruntergeschlug, und ihr Gustav ihn dafür durchprügelte.

Als die Glocken feierlich um ihr Haus dröhnten, hielt sie sich die Ohren zu. Sie mochte die nicht hören. Das hätte ihr Gustav auch haben können — Kriegstroung — wenn man will, war die so rasch zu haben. Oh, ihr Gustav, ihr armer Junge! Immer fester preßte sie die Hände gegen die Ohren, sie hörte das festliche Läuten doch.

Sie stieg hinauf in ihren Keller, da schaffte sie bei ihren Kartoffeln und den eingewinterten Rüben und Kohlspößen, daß ihr der Schweig lief. Der Keller war dunkel und tief, die Luke zur Straße mit Stroh verstopft, zu läuten hatte es längst aufgehört, aber sie hörte es immer noch. Das wohl das Mädchen machen mochte, die Hieselbahn? Getommen war die nie, obgleich sie sie damals aufgefordert hatte. Nun dann sollte sie's bleiben lassen!

Nun war der Junge schon fast ein Jahr — Gustav sein Junge! Wie sie wohl durchkommen mochte mit dem Kind? Es war jetzt alles so teuer, jetzt mußte ein jeder beten: „Unser täglich Brot gib uns heute“, und wurde doch nicht immer satt von dem, was er, seit einem Jahr nun schon, nur auf seine Brotfarie bekam. Nech gab's seit dem November wenig; es ging ihr gewiß kümmerlich, der Hieselbahn! Ach, wenn sie's doch lieber zugegeben hätte, daß der Gustav sie gebetretel! Dann wäre er von der Mutter nicht im Troß geschieden. Dann brauchte sie ihre Gedanken jetzt nicht so herumlaufen zu lassen in die Ferne, wie Schafe in der Fre. Oh, dieses Läuten, dieses Läuten, es machte sie ganz verrückt! Was ins Innerste drang es ihr.

In ihrem tiefen dunklen Keller liefte die Krüger auf ihren Kartoffeln. In der dumpfen Dämmerigkeit streckte sie ihre Hände empor und schrie zu Gott. Aber der sah nicht hinauf in den tiefen Keller. Nein, noch einmal zu der Hieselbahn hingehen, nein, das tat sie nicht. Die mußte jetzt zu ihr kommen, so gehörte sich's!

Immer fester fassete die Krüger ihre Hände, sie kämpfte gegen das Läuten an, das sie verstörte. Sie rang mit sich selber: „Was soll ich tun? Mein Gott, oh mein Gott!“ — Und noch eine andere im Haus wurde erregt durch das Läuten. Frau Hoff mußte, daß es zur Hochzeit läutete; Heinz Vertholdt hatte ihr vom Bruder erzählt und von dessen Glück. Fast widerwillig hatte er ihr davon gesprochen, mit einer stundenlangen Langsamkeit, so, als hätte er's lieber nicht erzählt, und doch wieder so, als ob er nur davon sprechen könnte, weil ihn eigene ähnliche Wünsche erfüllten.

(Fortf. folgt.)

